

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene  
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 37.

Sonnabend, den 16 September 1911.

15. Jahrgang.

## Inhalt.

**Hauptblatt:** Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Politische Angstprodukte. II. — Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1910. — Organisation. — Korrespondenzen. — Steinschreibungen. — Rundschau. — Zur Beachtung! — Dichtung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

**Beilage:** Tatsiches bei Lohnbewegungen und Streiks. I. — Wirtschaftliche Rundschau. — Der Kampf gegen das Koalitionsrecht. II. — Frankfurter Brief. — Feuilleton: Niesensunde aus der Vorzeit. — Mineralogisches.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Sperret** sind: Wellerode: Firma Siecke. — Erfurt: Kunstseifenfabrik, G. m. b. H., in der Radowitzstraße. — Heildingsfeld: Die Betriebe Adelman und Kämmer. — Heigenbrücken: Firma Heider.

**Hannover.** Die Marmorarbeiter der Firma August Wegener stehen im Streik.

**Böhmisch-Elberfeld.** Die Kollegen der Hohmannwerke befinden sich im Streik, die Mehrzahl ist anderweit in Arbeit.

**Strehlen, Ströbel und Kalthaus.** Zugang nach den Schallschen Betrieben ist wegen der schwebenden Unterhandlungen zu unterlassen.

**Alleben (Saalekreis).** Die Firma Schiller hat gegenüber den Räumern und Brechern die vorgenommene Lohnreduktion wieder zurückgenommen. Die Kollegen der ganzen Umgebung haben somit gesehen, daß durch Einigkeit Lohnverschlechterungen abgewiesen werden können.

**Sirlachsberg (Schlesien).** 28 Mann der Firma Thasler haben gekündigt. Der schnell reich gewordene Firmeninhaber lehnte unter höhnischen Redensarten die minimalen Forderungen der Kollegen ab. Zugang ist fernzuhalten.

**Oberkreitz (Bezirk Striegau).** Mit der Firma Kulmich sind Tarifverhandlungen eingeleitet. Es steht zu erwarten, daß es zu einem gütlichen Abschluß kommt.

**Oesterreich.** Gesperrt sind: Kottes, Mühlberg, Böhla, Friedeberg, Klein-Roske, Rotwasser, Sehdorf, Schwarzwasser und Smilowik.

**Ungarn.** Gesperrt sind: Temesvar, Agram, Pecs und Gyume.

### Achtung, Marmorarbeiter!

Wie die amerikanische Organisation der Marmorarbeiter dem internationalen Gewerkschaftssekretariat telegraphisch mitteilt, ist ein großer Streik der Marmorarbeiter im Staate New York ausgebrochen. Die Streikenden verlangen eine Lohnerhöhung, die Unternehmer hoffen auf Zugang von Arbeitswilligen aus Europa. Ihren Agenten werden die deutschen Arbeiter daher die Tür weisen, damit jeder Zugang ferngehalten bleibt.

## Politische Angstprodukte.

II.

Als neuester Parteigründer hat sich ein Dr. Grabowsky aufgetan, der in seiner „Zeitschrift für Politik“ den Gedanken propagiert, daß das deutsche Unternehmertum alle Ursache habe, sich von den heute bestehenden bürgerlichen Parteien abzuwenden, um in einer zeitgemäßen politischen Gruppierung sein Heil zu suchen. In den schwärzesten Farben schildert er die Machtlosigkeit des Unternehmertums gegenüber dem sozialpolitischen Ueber-eifer der Reichsregierung und dem politischen Einfluß der Wählermassen. Der Staat, so klagt er, wolle die Männer, die im wirtschaftlichen Leben die Führer und Banner-träger seien, in eine Zwangsjacke stecken und durch kleinliche Vorschriften erwürgen. Und die bürgerlichen Parteien leisteten hierin dem Staate Heeresfolge, weil sie sich vor der Masse fürchteten, deren Stimmen sie nicht entbehren können. Die Folge davon sei, daß die Unternehmer sich mit Ekel von der Politik abwenden, da sie es nicht mehr seien, Parteien anzugehören, die wohl ihr Geld nehmen und sie dafür en canaille behandeln. Unser politisches Leben, so schließt er pathetisch, steht im Zeichen der Schwäche, weil die Starken den Schwachen das Feld geräumt haben.

Aber noch ist Polen nicht verloren, denn noch ist die Möglichkeit vorhanden, den Starken das Feld wieder zugewinnen. Zu dem Zwecke wird eine Umbildung der bürgerlichen Parteien in aristokratischer Richtung empfohlen. Aus den bestehenden bürgerlichen Parteien muß eine neue aristokratische Partei herausdestilliert werden, die die Souveränität des Volkswillens verwirft und die Herrschaft der Masse über den Staat bekämpft. An Stelle des modernen demokratischen Prinzips, das jedem Staatsbürger das gleiche Mitbestimmungsrecht in Staat und Gemeinde zuspricht, soll die neue Partei der Aristokratie des Gelds treten: wer in der Wahl seiner Eltern sehr vor-

sichtig gewesen und mit einem goldenen Löffel im Munde geboren ist, wer durch irgendwelche Glücksumstände, vielleicht auch durch Fleiß und Tüchtigkeit, ein Vermögen erworben hat, der soll im öffentlichen Leben das entscheidende Wort sprechen und wäre er in politischer Beziehung auch so dumm wie ein schwarzes Schwein. Wer aber nichts hinter sich gebracht hat und ein armer Teufel geblieben ist, der muß beschreiben den Mund halten, wenn über das Wohl und Wehe der Gesamtheit entschieden wird, und hätte er auch die politische Weisheit mit Löffeln gegessen. Der Herr Doktor hat gar keine Ahnung davon, wie er mit dem Worte „aristokratisch“ Schindluder treibt — aus der Herrschaft der Besten macht er die Herrschaft der Reichsten, gleich, als ob der Besitz eines einträglichen Unternehmens gleichbedeutend sei mit dem Besitz von politischer Einsicht und sozialem Verständnis.

Für die neue Parteibildung des Herrn Dr. Grabowsky sind natürlich die bürgerlichen Demokraten nicht zu gebrauchen, und auch die extremen Agrarier scheiden aus, weil sie vor den modernen Industriekapitänen, die in der neuen Partei die führende Rolle spielen, nicht den richtigen Respekt haben. Dagegen eignen sich die Durchschnitts-Liberalen und die Durchschnitts-Konservativen sehr gut dazu, da ja Liberalismus und Konservatismus ihrem innersten Wesen nach keine Gegensätze sind: auch der Konservative, der von der modernen Kultur umpfult wird, muß der Entwicklung Rechnung tragen und liberale Tendenzen verfolgen, und umgekehrt wird der Liberale die gewordenen Zustände anerkennen und sie nur ganz langsam ummobeln wollen. Und so werden die bislang feindlichen Brüder in der neuen Geldsackpartei einträchtig zusammen arbeiten.

Natürlich darf diese neue Partei nicht konservativ sein im hergebrachten Sinne, denn der landläufige Konservatismus ist kulturfeindlich, muckerisch und engherzig; er steht deshalb zu dem wahren Aristokratentum in einem scharfen Gegensatz und stößt die gebildeten Volkstriebe ab. Die neue Partei darf aber auch nicht liberal sein im hergebrachten Sinne, weil der Liberalismus eine revolutionäre Vergangenheit und einen demokratischen Beigeschmack hat. Sie muß also eine konservative Partei werden, die von der Kultur befreit wird und der kulturellen Entwicklung Fortschub leistet. Und so entspringt denn die neue kulturkonservative Partei dem Haupte ihres Schöpfers als eine Verjüngung des Konservatismus durch die geistigen Errungenschaften des Liberalismus. „Einer solchen innerlich umgeformten Partei,“ behauptet ihr Gründer, „werden auch die Liberalen ohne weiteres beitreten können, und das, was der Erlanger Bülow mit der Blokopolitik vergebens erstrebte, wird erreicht werden: eine Sammlung der staatserkaltend gerichteten, gut vaterländischen Elemente des Volkes, wozu dann aus Ueberzeugung alle Gebildeten, die gesamte Intelligenz gehören kann. Wenn ich diese Bewegung „Kulturkonservatismus“ genannt habe, das heißt, wenn das Wort „liberal“ in dem neuen Begriff nicht vorkommt, so hat das darin seinen Grund, daß „liberal“ wegen seiner Verschwommenheit und Vieldeutigkeit, namentlich wegen seiner Verkoppelung mit demokratischen Tendenzen, am besten so wenig wie möglich in den Mund genommen wird. Es ist im Augenblick auch das wichtigste, daß gegenüber den zerstörerischen Gelüsten der Masse, denen leider jetzt auch die National-liberalen nachgehen, der Konservatismus, das erhaltende Prinzip, nachdrücklich betont wird. Und wenn diesem das Wort Kultur beigelegt wird, so ist damit aufs beste und eindeutige die Zusammenhang des Konservatismus mit liberalen Elementen hervorgehoben.“

Der neue Parteigründer preist mit schwungvollen Reklamephrasen die Vorzüge seines Kindes. Und in der Tat paßt der Kulturkonservatismus sehr gut für Fabrikanten, Kaufleute, Börsenleute, Grundbesitzer, Bodenwucherer usw., weil er die Ausbeutungstendenzen dieser Herren in den Kittermantel der modernen Kultur hüllt; auch für die biederen Handwerksmeister findet sich in der neuen Partei ein bescheidenes Plätzchen, wo sie ihre künstlichen „Ideale“ vertreten und ihre Mittelstandstretterei betreiben können. So wäre denn die neue Formel gefunden, in der die politischen Tendenzen der verschiedenen Schichten des deutschen Bürgertums zu einem einheitlichen Strom zusammenfließen: die Erhaltung einer starken Monarchie und ihre Unterfütterung durch den Kapitalismus, um die Ausbeutungsfreiheit zu schützen und alle demokratischen Bestrebungen zu unterdrücken.

Diese antidemokratische, kapitalistische Partei ist ohne Zweifel ihrem inneren Wesen nach konservativ, aber ihre Bezeichnung als Kulturkonservativ ist ein Widerspruch in sich selbst. Eine wahre Kulturpartei muß notwendigerweise im Geiste der Demokratie tätig sein, weil sie alle Schichten des Volkes in den Strom der Kultur hineinziehen will. Eine Klassenkultur, die nur den bevorrechteten Schichten die Erruenschaft der Kultur zugänglich machen möchte, aber die große Masse in der Unkultur erhalten will, ist ein Hohn auf die moderne Weltanschauung. Heute gilt doch der Grundsatz, daß alle Volkstriebe Anteil haben wollen an der Kultur, was dies den Junkern und Pfaffen, den Kapitalisten und Scharmachern auch noch so sehr wider den Strich gehen. Deshalb ist jede Partei von vorn-

herein ein igtgebornes Kind, die sich diesem Entwicklungsgehe in den Weg stellt. Die Entwicklung der Menschheit drängt nun einmal unwiderstehlich dahin, daß die Unterschichten unablässig zur Kultur emporsteigen. Hieraus erklärt sich auch, daß die reaktionären Parteien immer mehr an Boden in Volke verlieren und daß sie sich nur noch durch Anwendung gewaltsamer und unsauberer Mittel über Wasser halten. Und so hat auch die neue kulturkonservative Partei, die die Arbeiter entrechten und die Ausbeutung verewigen will, keine Existenzberechtigung mehr in der Gegenwart, mag sie auch noch so sehr mit Kulturphrasen um sich werfen.

Hoffnungslosigkeit, Verzweiflung an der eigenen Kraft, Angst vor dem bevorstehenden Hagelwetter — das sind die leuchtenden Charakterzüge der herrschenden Klassen. Die rote Flut steigt und damit wächst auch die Kopflosigkeit der bürgerlichen Politiker, die in wahnstinniger Verblendung und in Verkennung der Zeichen der Zeit der Entwicklung den Weg verrammeln und eine Gesellschaft erhalten wollen, die innerlich längst verfault ist. Und bei diesem ausichtslosen Bemühen werden sie zugrunde gehen, denn auch für sie gilt der Spruch: „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.“ Das Proletariat aber wird siegreich über seine Gegner hinwegzweifen. Brutus.

## Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1910.

Aus der vor einiger Zeit veröffentlichten Statistik der Generalkommission über die Entwicklung der freien Gewerkschaften können wir, wegen des geringen Raumes in unserm Blatt, nur nachstehenden Auszug wiedergeben, in dem die Hauptzahlen der Statistik enthalten sind:

Das Krisenjahr 1908 hatte für die Gewerkschaften die zwar erklärliche aber doch recht unerfreuliche Folge, daß die Zahl ihrer Mitglieder — soweit die der Generalkommission angeschlossenen Verbände in Frage kommen — um 33 700 zurückging. Doch schon im Jahre 1909 war diese Krisenerscheinung so weit überwunden, daß man den wieder beginnenden Aufstieg erkennen konnte. Die Mitgliederzahl war gegen das Vorjahr um 936 gestiegen. Die Hoffnungen, welche an die Besserung der wirtschaftlichen Konjunktur in Verbindung mit der regen Agitationsarbeit der Gewerkschaften geknüpft werden konnten, haben sich erfüllt. Deren Mitgliederzahl hat sich im Jahre 1910 gegen das Vorjahr um 184 631 vermehrt und damit wurde die stättliche Zahl von 2 017 298 Mitgliedern erreicht.

Wie dürftig nehmen sich dagegen die Zahlen der Christlich-Demokratischen Gewerksvereine und der christlichen Gewerkschaften aus! Die ersteren verfügten am Schluß des Jahres 1910 über einen Mitgliederbestand von 122 571. Die freien Gewerkschaften haben also in einem Jahre weit mehr neue Mitglieder gewonnen, als wie die Gewerksvereine überhaupt ihr eigen nennen. Nicht viel besser steht es mit den christlichen Gewerkschaften. Sie hatten am Schluß des Jahres 1910 insgesamt nur 295 129 Mitglieder. Die angeführten Zahlen reden eine deutliche Sprache. Die deutschen Arbeiter haben längst erkannt, daß nur die freien Gewerkschaften als wirkliche Interessenvertretungen der Arbeiter angesehen werden können. Deshalb hat sich die Arbeiterschaft, soweit sie den Wert der Organisation begriffen hat, den freien Gewerkschaften zugewandt, und die Gewerksvereine sowie die christlichen Gewerkschaften führen ein bedeutungsloses Dasein, obgleich sie vielfach von Unternehmern und Behörden begünstigt werden, während man den freien Gewerkschaften alle möglichen Schwierigkeiten zu machen sucht. Also den freien Gewerkschaften gehört das Feld, wie die Zahlen beweisen.

Die Mitgliederzahl der der Generalkommission angeschlossenen Organisationen ist eigentlich noch um einige Tausend höher, wie angegeben; denn in der Statistik ist der Verband der Lederarbeiter mit 11 232 und der Verband der Hausangestellten mit 4901 Mitgliedern nicht aufgeführt, weil diese Organisationen sich nicht derselben Kampfmittel bedienen können, wie die industriellen Arbeiter, und deshalb nicht mit diesen in eine Reihe gestellt werden konnten.

Die Zahl der Verbände, welche der Generalkommission angeschlossen sind, hat sich infolge einiger Verschmelzungen von 57 auf 53 vermindert. Diese 53 Verbände wiesen am Schluß des Jahres 1910 folgende Mitgliederzahlen auf:

Metallarbeiter 415 863, Maurer 173 626, Fabrikarbeiter 159 152, Holzarbeiter 158 767, Transportarbeiter 124 891, Bergarbeiter 120 493, Textilarbeiter 113 822, Bauhilfsarbeiter 61 867, Buchdrucker 60 923, Zimmerer 54 908, Maler 42 692, Schneider 42 152, Schuhmacher 39 954, Brauerei- und Mühlenarbeiter 37 075, Gemeindearbeiter 36 125, Tabakarbeiter 32 645, Buchbinder 26 934, Bäcker und Konditoren 21 944, Steinarbeiter 20 267 (im 3. Quartal 1911 schließen wir sicherlich mit 28 000 Mitgliedern ab. Red. d. „Steinarbeiter“), Maschinisten 19 560, Lithographen 17 215, Buchdruckerhilfs-

Die Hirsch-Dunderschen richten an die Steinarbeiter, „Ein ernstes Wort“, wenn man ihrem Flugblatt (Nr. 1), das sie überallhin versenden, Glauben schenken darf. Ein gewisser Münz aus Magdeburg subskribiert mit Vorliebe unser Adressenverzeichnis, und Grund dieser Information versendet dieser Pseudo-Arbeiterführer seine verlogenen Druckschriften. Im Flugblatt steht folgender Blödsinn:

Die Deutschen Gewerksvereine sind eine nationale Organisation; stehend auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung suchen sie ihre Ziele zu verwirklichen. Nicht Klassenkampf ist ihre Aufgabe, sondern die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit suchen sie auf gutlichem Wege auszugleichen.

Im Gegensatz zu ihnen arbeiten die „freien“, oder deutlicher gesagt, die sozialdemokratischen Verbände. Auf dem Boden des Klassenkampfes stehend, suchen sie ihre Ziele zur Geltung zu bringen. Politik für die Sozialdemokratie zu treiben, ist ihre Hauptaufgabe.

Steinarbeiter! Seht Ihr, so arbeiten die freien Verbände; diejenige Politik zu treiben, die im gegebenen Falle die Autorität des Staates zu untergraben sucht.

Kollegen! Steinarbeiter! Wollt ihr euch einer solchen Organisation anschließen? Nein — tausendmal nein — muß die Antwort der Kollegen sein. Der Anschlag kann nur an eine solche Organisation sein, die politisch neutral (!) auf nationalem Boden steht.

Kollegen! Steinarbeiter! Auf politisch und religiös neutralem Boden arbeiten die Deutschen Gewerksvereine, in ihr finden sich alle national gesinnten Männer zusammen, um wirklich Ersprießliches und Positives für den Arbeiterstand zu leisten.

Herr Münz muß viel Mut haben, wenn er unsern Vertrauensleuten solch ein Machwerk auch weiterhin überbieten will. Die Darstellung im Flugblatt ist so einfältig und albern, daß sich eine Widerlegung absolut nicht lohnt. Wenn die Hirsche davon schwafeln, daß sie in der Steinindustrie organisatorische Erfolge erzielen wollen, na, da ist es auch sicherlich wahr, daß feinerzeit Münchhausen eine Reise nach dem Monde unternommen hat. — In der gesamten Steinindustrie haben die Hirsche noch keine 250 Mitglieder. — Nur den Mund recht weit aufreißen, Herr Münz.

Die industrielle Konzentration in Oberschlesien. Wie weit die Konzentration der Schwerindustrie in Oberschlesien fortgeschritten ist, ist daraus zu ersehen, daß dem Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein laut dem Verzeichnis der gewerkschaftlichen Mitglieder desselben, aufgestellt auf Grund der Vereinsstatistik für das Jahr 1910, folgende Unternehmungen angehören:

1. Fiskus	mit 24 336 Arbeitern
2. 10 Aktiengesellschaften	96 535
3. 10 Gewerkschaften	14 157
4. 11 Privatpersonen	31 382
5. 33 Gesellschaften m. v. P.	24 533

Die framme, einheitliche Organisation des ober-schlesischen Montankapitals gebietet demnach über eine Armee von 191 000 Proletariern!

An der Spitze marschiert der preussische Fiskus. Unter den 10 Aktiengesellschaften nimmt die erste Stelle die Vereinigte Königs- und Laurahütte, deren Generaldirektor der bekannte Bergrat Hilger ist, mit 22 812 beschäftigten Arbeitern ein. Vier weitere Aktiengesellschaften, jede mit über 10 000 Arbeitern, beschäftigen insgesamt 43 333 Proletarier.

Unter den 11 Privatpersonen steht Fürst v. Donnersmarck auf Meusel obenan. Dessen ober-schlesische industrielle Anlagen beschäftigen allein 6198 Arbeiter. In der Gruppe der juristischen Personen ragen hervor: die Bergwerks-Gesellschaft Georg von Gleisich Erben mit 18 228 und die vom Schafgotischen Werke mit 5788 beschäftigten Arbeitern. Der Generaldirektor der ersten Gesellschaft ist der bekannte Scharfmacher, Geheimrat Berg-rat Uthemann.

Es ist selbstverständlich, daß das ober-schlesische Montankapital versteht, seine ungeheure wirtschaftliche Macht in politische und soziale umzusetzen. Ihr gegenüber steht leider die ober-schlesische Arbeiterklasse fast unorganisiert da. Die ober-schlesischen Proletarier lassen sich dazu noch immer durch konfessionelle und nationalistische Schlagworte zu ihrem eigenen Schaden und zum Nutzen ihrer Ausbeuter einfangen. Die unermüdbare Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie und der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung mit ihrer Zuspitzung der Klassengegensätze werden aber doch auch noch die ober-schlesischen Arbeiter erkennen lassen, wie nötig es ist, der einheitlichen Organisation des ober-schlesischen Montankapitals eine einheitliche Organisation der Arbeiter entgegenzustellen.

Vierte Bauarbeiterkongress für Bayern. Die Verhandlungen beginnen am Sonnabend, den 14. Oktober. Als Tagesordnung wird festgesetzt: 1. Der Bauarbeiterschutz und die preussische Regierung. Referent G. Heintze aus Berlin. 2. Arbeiterschutz für Innearbeiter. Referent Otto Meyer aus München. 3. Die Bundesratsverordnung für Steinhauerereien und Steinbrüche. Referent M. Lohse aus Würzburg.

Abermals Arbeiterentlassungen. Es wird uns geschrieben: In Alt-Warthau und Plagwitz (Niederschlesien) wurden abermals Steinmetzen entlassen. Da auch einigen Polierern gekündigt wurde, so ist anzunehmen, daß in der dortigen Sandsteinindustrie auch in Zukunft ein besserer Geschäftsgang nicht erwartet wird. — Die Brecher arbeiten auf Vorrat, aber auch die Rohsteinproduktion dürfte wesentlich eingeschränkt werden. Etliche Steinmetzen haben teilweise schon einen andern Beruf ergriffen, denn es ist nicht so leicht möglich, ohne weiteres mit Weib und Kind abzureisen. Um dieses durchzuführen zu können, muß es ebenfalls anderweitig Arbeit geben.

Die norwegische Steinindustrie führte im Jahre 1910 für 8½ Millionen Kronen Rohblöcke und Werksteine aus. Die Ausfuhr ging größtenteils nach England und Argentinien. Zum Versand kamen insgesamt 156 333 Tonnen. Die schönsten Brüche befinden sich in der Nähe von Frederikshald, hart an der schwedischen Grenze.

Tarifabschlüsse im Steinsegergewerbe. Die ungenügend scharfen und opfervollen Kämpfe, die der Verband der Steinseger in diesem Jahre zu führen gehabt und die nach der unverhofften ausgesetzten Meinung verschiedener Scharfmacher dazu dienen sollten, den Verband bankrott zu machen, haben es nicht zu verhindern vermocht, daß der Verband noch weitere Fortschritte in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und deren tariflicher Festlegung gemacht hat. So ist für G r l i c h und Umgebung ein Tarif abgeschlossen worden, der Steinseger und Kammer eine Vohnerhöhung von 8 bzw. 10 Pfg. pro Stunde in einer vierjährigen Vertragsdauer bringt. Weiter wurde für B o r p o m e r n und N i g e n ein Tarifvertrag auf drei Jahre vereinbart, der eine sofortige Vohnerhöhung für Steinseger und Kammer von 3 Pfg. pro Stunde und im nächsten Jahre nochmals eine solche von 2 Pfg. vorsteht.

Im Regierungsbezirk M e r s e b u r g dagegen sind trotz des Vertragsabschlusses nach der Aussperrung die Differenzen noch nicht völlig erledigt. Nach vollzogenen Verträge rückte nämlich der Arbeitgeberverband mit der Neugier heraus, daß die an der Aussperrung beteiligten gewesenen Poliere nur dann wieder als solche eingestellt werden, wenn sie aus dem Verbande austreten. Bei den Verhandlungen über den Vertragsabschluß haben die Unternehmer nicht ein Wort davon erwähnt. Da es sich um ungefähr ein Sechstel aller an der Aussperrung beteiligten Gewesenen handelt, so ist natürlich der Verband der Steinseger nicht gewillt, sich nach erfolgtem Vertragsabschluß einen solchen Au-

griff auf seine Integrität gefallen zu lassen, zumal das Vorgehen der Unternehmer ganz sicher nicht nur gegen die guten Sitten verstößt, sondern einen flagranten Vertragsbruch darstellt. Der Vorstand des Unternehmer-Verbandes, dessen Intervention der Vorstand der Steinseger zunächst angerufen hat, konnte ebenfalls nicht umhin, zu erklären, daß ihm eine derartige Vertragspraxis nicht zusagt — allerdings wegen der Konsequenzen für die Arbeitgeber. Die Arbeiter sind auch keinesfalls gewillt, sich derartiges gefallen zu lassen.

Gelinde Strafe. Der Steinbruchbesitzer Johann Alban Hartung von Rimpf bei Würzburg hatte einigen schulpflichtigen Buben Gelegenheit gegeben, ihre Ferien im Interesse des Herrn Hartung zu verbringen, indem er sie täglich vier bis fünf Stunden Steine klopfen ließ und sie dafür mit 50 und 60 Pfennig entlohnte. Er wurde wegen Vergehen gegen das Kinderschutzesch vor das Schöffengericht zitiert. Hier gab er zur Entschuldigung an, er habe nicht gewußt, daß die gewerbliche Beschäftigung von Kindern verboten sei. Wie gewöhnlich bei den Verurteilungen gegen die Gewerbeordnung, fiel auch hier die Strafe äußerst mild aus. Mit 3 Mark ist es ausgetan. Wenn nicht die Kosten hinzukämen, dann könnten wir die Bestrafung in die Rubrik „Prämien für Gesetzverletzungen“ buchen.

Schweres Unglück in einem Basaltwerke. Im Basaltwerk Weidelsberg (Bayern) riß beim Reparieren eines Drahtseils eine schwere Kette, wodurch ein Arbeiter erschlagen wurde und drei schwere Verletzungen erlitten. Ob die nötigen Vorschriften bei der Reparierung innegehalten wurden, konnte bisher leider noch nicht festgestellt werden. Die Unglücksfälle in der Steinindustrie häufen sich merklich.

### Zur Beantwortung!

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitnehmenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.

### Quittung.

Eingegangene Gelder vom 4. bis mit 9. September 1911. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

- Arnstadt, B. 8.—, Alstedt, B. 4.—, Fraustadt, B. 4.10. Königs-walbe (Schmiebel), B. 4.20; (Dito), B. 4.80. Mhlau, B. 4.80. Emden, B. 4.80. Offenbach a. M., B. 150.—, Jannowitz, B. 231.—, K. 10.50, M. 2.—, Heidingsfeld, B. 200.—, Hannover, B. 200.—, Göttingen, B. 31.50, K. 15.—, M. 1.75. Hloffenbürg, B. 84.—, K. 10.—, Temitz, B. 682.—, M. 10.—, Baugen, B. 105.—, K. 1.50. Aue, B. 350.—, Plombaderbach, B. 52.—, Falkenhain, B. 348.60, K. 1.40. Grimma, B. 638.—, K. 20.—, Div. 2.76. Halle, B. 88.—, Hof (Bay.), 152.—, Jena, B. 67.45, K. 4.—, Kamenz, B. 252.—, Magdeburg, B. 300.—, M. 6.—, Pappenheim, B. 10.—, Heigenbrücken, B. 7.54, E. 14.50. Waldenburg, B. 25.86, K. 2.40, M. 7.60. Rothens-stein, Ins. 2.20. Lambach, Ins. 2.—, Hornburg, Ins. 4.80. Peine, B. 14.90. Elmshorn, B. 6.10. Fürstenwalde, B. 4.10. Zerbst, B. 6.50. Nienstedten, B. 6.05. Obermörten, B. 84.—, K. 10.—, Frankfurt a. M., B. 400.—, Emmendingen, B. 100.—, E. 5.—, Cassel, B. 100.—, Bayreuth, B. 126.—, Langensalza, B. 284.—, K. 10.—, Marktbreit, B. 150.—, Röditz, B. 252.—, Heiligenstadt, B. 4.80. Urdorf, B. 6.20. Dingelstädt, B. 6.—, Kopen-hagen, Ab. 7.20. Selb, B. 34.—, E. 10.—, K. 21.40. Rügberg, B. 54.40, E. 1.—, Cöln II, B. 150.—, Braunschweig, B. 20.—, Ludwig Geist, Kassierer.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geist, Leipzig, Reiger Straße 32, U. zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Post-schnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

### Allgemeine Bekanntmachungen.

Halberstadt. Dem Steinmetzen Gustav Bollmann wurde zwei Reiseunterstützung ausbezahlt. Er mag die 2 Mk. sofort ans Gewerkschaftshaus einfinden.

## Anzeigen

**Albert Baumann**  
Werkzeugfabrik und Härtewerk  
Aue (Erzgeb.)  
**Preisliste**  
über alle  
**Steinmetz-Geschirre**  
versende gratis!  
Lieferung sofort.

**Schürzen**  
Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadettis, Leder- und Wadettis, Dosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert  
**Emil Keidel** Spezial-Geschäft in Berufskleidung  
Eigene Anfertigung.  
**Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.**  
Steinmetzhobelstahl, pa. Qual., p. 1 kg 100 A, bei 25 kg 80 A  
Steinmetzbleistifte, echte Rehbach mit hartem Blei, p. Gros 2.25 A, bei 10 Gros 2.10 A  
do. m. S. hart. Blei, 2.— 10 1.85 A  
desgl., 40 cm lang, sog. Schreinerstifte, mit extra hartem Blei, p. Gros 7.50 A, bei 10 Gros 7.— A  
sowie alle anderen Steinmetzbedarfartikel billigt empfiehlt und versendet nach allen Orten **Walter Kluth** Dresden, Blumenstr. 19. vorm. Otto Bernhart.

**Feinste Zinnasche** gelb, à Kilo 4.— A  
weiß, à Kilo 4.20 A  
per Nachnahme, bei Abnahme von 5 Kilo an porto- und spesenfrei, empfiehlt  
**P. Petrasch, Schkenditz bei Halle.**

**Mehrere Zucker und Plastersteinhämmer**  
für dauernde Beschäftigung stellen sofort ein  
**Diabas- und Gneitwerte Rupbad (Bahn)**  
Post Laurenburg.

**Mehrere tüchtige Steinmetzen**  
für schwedischen Granit werden bei dauernder Beschäftigung sofort gesucht.  
**Granitwerk Herm. Jahn**  
Berneck i. Fichtelgebirge.

**Bensheim.** Dem Steinhauer Heinrich Schaner, geboren am 6. Juni 1892 in Freising (Bayern), ist keine neue Karte auszustellen.  
F. Reichenberger, Kassierer.

**Friedeberg (Oesterreich-Schlesien).** Ersuche die Vertrauensleute, mir die Adresse des Steinmetzen Franz Winter (Mitgliedsnummer 16239 und 18093) einzufinden. Derselbe hat zu Unrecht Reisegeld bezogen.  
Franz Wirtner.

**Osterwald (Kreis Hameln).** Die Kollegen Engdal und Jansson möchten ihre Adressen an Unterzeichneten einfinden.  
Karl Peterson.

**Selb.** Ich ersuche die Vertrauensleute, dem Schleifer Friedr. Herold, geboren den 25. Februar 1877 (Buch-Nr. 13332), kein neues Buch auszustellen, da er sein altes in größter Unordnung hier liegen gelassen hat.  
Karl Schmidt, Kassierer.

**Beglar.** Ich ersuche die Vertrauensleute allerorts, mir die Adresse der Kollegen Wilhelm Pries und Louis Wendler bekanntzugeben.  
W. Herbel, Beglar-Niedergermes.

### Adressen-Änderungen.

**Heigenbrücken.** Vorf.: Thomas Englert. Kass.: Franz Jöcklein.

**Neusäß (Amt Böh).** Vorf.: Hans Dreihaupt. Kass.: Josef Rabermaier.

**Bobengrün.** Vorf.: Joh. Gebelein, Erögershäuser (Post Geroldsdgrün). Kass.: Georg Sommermann, Bobengrün (Post Marzbrunn).

**Reubrunn bei Wertheim.** Vorf.: Karl Vorst. Kass.: Rich. Fiederling.

**Pagerberg.** Vorf.: Josef Werber, Denglarn (Post Schwarzhofen). Kass.: Johann Sauerer, Haag (Post Schwarzhofen).  
**Burgen.** Kass.: Reinhold Kern, Kaiser-Wilhelm-Str. 9, II. Parliedtsdorf. Vorf.: Anton Fleckenstein.

### Briefkasten.

N. Wir sind sehr gespannt darauf. Besten Gruß! — F. Von Deiner Epistel haben wir mit Vergnügen Kenntnis genommen. Von Aufregung keine Spur. — B. Die betreffende Schrift ist bereits drei Jahre in unserem Besitze. — 1475. 1. Ob Dir § 103 des Strafgesetzbuches zugebilligt wird, ist sehr fraglich. In dieser Hinsicht sind die Gerichte recht knifrig. 2. Die andere Sache fällt zweifellos unter § 366 desselben Strafgesetzbuches. Dieser Paragraph setzt sich netto aus zehn Absätzen zusammen. Verkürzt wirkt auf alle Fälle. — Neugieriger. Die normale Spurweite bei den deutschen Bahnen beträgt 1435 mm; in Russland beträgt dieselbe 1524 mm. — Angehender Techniker in 3. Zu I.: Ein Kursus kostet mindestens 400 Mk. (80 Mk. Schulgeld, 250 Mk. Verpflegungskosten für fünf Monate, der Rest geht auf für Taschengeld und Zeichenmaterialien). Den „bekanntem“ Steinhauerdurst darfst aber zur Schule nicht mitbringen. Zu II.: Am besten Herbst (Anhalt). Die Schule ist vorzüglich. Zu III.: Der Vorbesuch einer Zeichenschule ist zwar erwünscht, aber nicht unbedingt erforderlich. Eine Altersgrenze nach oben ist nirgendwo festgesetzt. Wir kannten Schüler, welche schon jahrelang „be-weibt“ waren. Zu IV.: Die Baugewerkschulturne beginnen Anfang Oktober; einige Schulen öffnen ihre Pforten erst zum November. — So, das wird wohl genügen. — Neusäß. Wir müssen dringendst erfragen, die Berichte etwas inhaltsreicher zu gestalten. — Düsseldorf. Muß aus prinzipiellen Gründen abgelehnt werden. Viele Grüße an den Jubilar Fritz! — W. Westfalen. Gewähr, es kann noch eine Pfändung vorgenommen werden. — D. Obenwald. Die Adresse lautet: Stenhuugarens-Parkförensingen Plateby in Strömstad (Schweden). Weiter kommen noch die Orte Stäralid, Lodderöd und Vjörneröd in Frage. Laß später etwas hören. — Ludwigshafen. Wir konnten daraus nicht klug werden. — Wertheim. Wenn das Geschäft in D. eingestellt wird, dann hat ja der Bericht keinen Zweck mehr. — E. Die Wandtafeln zur Althofstraße liefern in bester Ausführung der Verlag J. F. Lehmann, München, Seyßestraße 15a.

Vom „Steinarbeiter“ fehlen uns die Nummern 3 und 8. Wir bitten, daß uns überschüssige Exemplare sofort überlandt werden.

Dieser Nummer liegen die Quartalsabrechnungen bei, man wolle dieselben dem Kassierer sofort übermitteln.

**Zwei tüchtige Granithauer**  
in allen Teilen der Grabsteinbranche erfahren, werden für dauernde Beschäftigung und hohen Lohn sofort eingestellt.  
**Diabas- und Gneitwerte Rupbad (Bahn)**  
Post Laurenburg.

**Tüchtige Granitsteinmetzen**  
für Bauarbeit stellt ein  
**C. Paeschke, Werksteinindustrie, G. m. b. H.**  
Jannowitz (Kiesengebirge).

**Erklärung!** Nehme die gegen die Zahlstellenverwaltung Floss (Oberpfalz) gebrauchte Aeußerung als unwahr mit Verdauern jurid.  
**Erhard Grieshammer.**

**Danksagung.**  
Für die bewiesene Unterstützung durch die Stein- arbeiter von Radwitz und Umgebung während der langen Krankheit unseres kürzlich verstorbenen  
**Max Eulitz**  
sagen herzlichsten Dank  
Kesselsdorf, den 10. September 1911  
**Paul Eulitz und E. Buschmann.**

**Gestorben.**  
(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden.)  
In Ebersbach am 4. September der Kollege Wilhelm Hennig, 43 Jahre alt, an der Berufs-Krankheit.  
In Neu-Struppen (Zahlstelle Pirna) am 6. September der Kollege Julius Richter, 54 Jahre alt, an der Berufs-Krankheit.  
In Röditz am 11. September der Kollege Artur Krebs, 24 Jahre alt, an Lungenerkrankung.  
In Ströbel am 7. September der Kollege Heinrich Brendel, 34 Jahre alt, an der Schwindsucht.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

# Steinausreibungen.

Folgende Ausschreibungen sind uns bekannt geworden:  
Baubdirektor Balzer in Lübeck. Granittreppentufen zum Erweiterungsbau der II. St. Mädchenschule in der Kahlhofstraße.

Königl. Bauamt in Lingen, Ems. Zum Bau der Schleppschleusen Rodde (112,5 Kilometer des Dortmund-Ems-Kanals) und Hefelke (134,4 Kilometer): Lieferung von 84 Kubikmeter Werksteinen aus Niedermendiger Basaltlava zusammen in einem Lose oder in zwei Losen nach Baustellen getrennt.

Kgl. Kanalbauamt in L. d. B. Werksteine f. d. Kanalbrücke über die Weser am Ems-Weser-Kanal. Lieferung 1. 2000 Quadratmeter Werksteinverblendung und 135 Kubikmeter Werksteine. Lieferung 2. 1440 Quadratmeter Werksteinverblendung und 1550 Kubikmeter Werksteine.

Stadt. Hochbauamt in Nordhausen. Steinmeharbeiten in Sand- oder Kalkstein, Dolomit, Granit sowie Kalkstein-Sandstein für die Erweiterung des Krankenhauses und des Kinderheims.

Königl. jährl. Eisenbahnbauamt in Greiz. 5835 Kubikmeter Steinschlag für die haultischen Herstellungen aus Anlaß der Beseitigung der am Bahnhof Greiz bestehenden Uebergänge und der Einführung der neuen Gölzstraße in die verlegte Elsterberger Straße. Die zur Beseitigung der einseitigen Straßen dienenden 400 Kubikmeter Steinschlag sind bis 1. Dezember 1911, die 680 Kubikmeter Steinschlag für die Gleisveränderungen bis 1. April 1912 und die 4565 Kubikmeter Stein Schlag zur Herstellung der in Stämpfbeton auszuführenden Kunstbauten bzw. die zu Vorlagebeton geeigneten 190 Kubikmeter Steingraupen sind bis zum 1. Oktober 1912 anzuliefern.

Baubdirektion im Kgl. Ministerium in Dresden. Steinmeharbeiten für die Schäfte zum alten Forsthaus Hefenstein.

Königl. Eisenbahnbetriebsamt in Koburg. 592 Kubikmeter Basaltstein Schlag und -Grus von 5/10 bis 35/40 Millimeter Korngröße.

Königl. Eisenbahnbetriebsamt in Limburg. Lieferung 4. Werksteinlieferung für die Bahnsteigüberdachungen und der Bahnsteige auf Bahnhof Ditz in vier Losen.

Liebhaberverwaltung in Magdeburg. 900 Kubikmeter Schottersteine aus Basalt.

Stadt. Hochbauamt in Offenbach a. M. Steinmeharbeiten zum Bau der Sonderhäuser des städtischen Krankenhauses.

Königl. Militärbaumeister in Baun. Lieferung 8. Sandsteinarbeiten für das Mannschaftsgebäude 2 des Artilleriearsenals in Baun. Lieferung 5. Granitarbeiten für die Batteriehalle 1 bis 3.

Königl. Straßen- und Flußbauamt in Schweinfurt. Zur Befestigung eines hochwasserfreien Särdeplatzes nächst dem Hauptbahnhof Schweinfurt: 1. a. 173 Kubikmeter geschichtetes Bruchsteinmauerwerk, 35 Kubikmeter Haussteinmauerwerk, 288 Quadratmeter Kalksteinpflaster auf Betonunterlage, 4522 Quadratmeter Kalksteinpflaster auf Sandbettung.

Stadtbaudeputation in Dresden. Granitstufen zum Neubau der Volkshalle an der Steinstraße.

Kgl. Eisenbahnbetriebsamt in Ludenwalde. 470 Tonnen Kleinpflastersteine und 320 Meter Bordsteine für die Schaufelverlegung in Jüterbog in einem Lose.

Bürgermeisteramt in Reh. Lieferung von Innenpflastersteinen.

Königl. Eisenbahnbetriebsamt VII in Berlin W. O. Potsdamer Bahnhof. Erd-, Beton- und Steinmeharbeiten für Unterführungen und Stützmauern zur Beseitigung der Schienenübergänge in Nowawes in vier Losen oder zusammen.

Tiefbauinspektion I in Bremen. Für die Tiefbauverwaltung für 1912: 1. 4000 Quadratmeter Granitpflastersteine erste Sorte, 5000 Quadratmeter desgleichen zweite Sorte, 3000 Quadratmeter desgleichen dritte Sorte, 7500 Quadratmeter desgleichen IIIte-Sorte; 2. 5000 Meter Saumsteine und Bögen aus Granit oder einem gleichwertigen festen Material; 3. 5000 Meter Saumsteinflatten aus Granit oder Basaltlava; 4. 5000 Meter geflächte Platten aus Granit.

Baubauamt in Aachen. Basaltstein Schlag für die fünf Rechnungsjahre vom 1. April 1912 bis 30. März 1917.

# Rundschau.

Das Schlackenpflaster scheint in Leipzig recht begünstigt zu werden. Nach der Hauptabrechnung der Leipziger Stadtverwaltung wurden in den letzten Jahren folgende Straßen mit Schlackensteinen gepflastert: Schleißiger Weg (Kostpunkt 5594 Mark); Dresdner Straße (42 456 Mark); Neuhäuser Straße (29 878 Mark); Oststraße (6445 Mark); Weststraße teilweise (7400 Mark); Wiesenstraße teilweise (20 198 Mark); Humboldtstraße teilweise (9378 Mark); Wilhelmstraße teilweise (18 593 Mark); Markt in S.-Lindenau (32 050 Mark); Rietschelstraße (26 768 Mark); Jahnstraße (34 068 Mark); Ländchenweg teilweise (23 058 Mark); Kaiser-Wilhelm-Straße teilweise (28 608 Mark); Waldstraße teilweise (56 622 Mark); Reudnitzer Straße (19 954 Mark). Für Schlackensteinmaterial wurde, wie Figura zeigt, innerhalb kurzer Zeit ein Betrag von weit über 1/2 Million ausgegeben. — Die Stadt Leipzig hätte es in der Hand, aus den sächsischen Steinbrüchen genügend Naturpflastersteinmaterial mit Bechtigkeit beschaffen zu können. Da sie aber finanziell an der Ausbeute der Mansfelder Kupferschieferbergwerke sehr stark interessiert ist, so werden von dort her die Schlackensteine bezogen, welche sich nicht einmal recht billig stellen. Ueberdies steht fest, daß die Schlackensteine mit den Granit- und Granitporphyrmaterialien keinen Vergleich aushalten können. Wir konnten selbst schon einige Straßenflächen bemerken, welche sehr viel zerjprungene Steine aufwiesen. Ueberdies ist die Schlacke sehr glatt, und daran wird auch nicht viel geändert, wenn die Koppfläche auch etwas rauher gehalten wird. — Wir glauben nicht, daß die Bauverwaltung ökonomisch handelt, wenn das Schlackenpflaster so stark bevorzugt wird. —

588 354 fremdländische Arbeiter waren im letzten Jahre in der deutschen Landwirtschaft und Industrie beschäftigt. Den größten Anteil an dieser Zahl haben die Polen mit 828 826 Arbeitern, es folgen die Ruthenen mit 82 002 Arbeitern, die Ungarn mit 23 209, die Italiener mit 20 672, Niederländer und Belgier mit 15 995 und Deutsche aus Preußen und Oesterreich mit rund 66 000. Den größten Anteil dieser fremdländischen Arbeiter verbraucht die Landwirtschaft. Das Verhältnis ist folgendes:

	Landwirtschaft	Industrie
Polen	281 818	30 891
Ruthenen	47 190	29 840
Italiener	70	36 000

Die Polen sind meist landwirtschaftliche Arbeiter, die Italiener hauptweg Industriearbeiter, denn die Anzahl von 70 in der Landwirtschaft beschäftigten Italienern ist nicht von Belang.

Bei der Pflastersteinsolldebatte war es sehr interessant, daß die Unternehmerratsmitglieder mit keinem Wort auf die ausländischen Arbeiter eingegangen ist. Das Kapitel bietet natürlich alles auf zur Heranziehung fremder Arbeiter, wenn dagegen Industrieerzeugnisse aus dem Auslande eingeführt werden, dann heißt es: Schutz der nationalen Arbeit. — Vom Schutz der nationalen Arbeiter haben wir noch nichts gehört.

girts, wo einigermassen etwas zu holen war, bearbeitet. Der berühmte — Landtagsabgeordnete Oswald, der durch die Broschüre Johannes Wolf ziemlich gestärkt wurde, hatte sich in höchst eigener Person hierher bemüht. Eine „interessante“ Versammlung hielt er in Birgstadt ab. Der Ortsparzer brief die Versammlung ein, erschienen waren nur vier Mitglieder unserer Gewerkschaft und zwei Poliere. Aus Rülend mit Oswald hörten wir uns seine Weisheit an. Und der große Oswald hielt vor sieben Personen einen Vortrag über Gewerbegelegenheiten. Nach seinen Ausführungen sind die freien Gewerkschaftler Sozialdemokraten bis auf die Knochen, und es müßte der Sieg unter allen Umständen auf Seiten der Christlichen sein. In der Diskussion trat Kollege Oberhart, ein ehemaliger Schüler Oswalds, demselben scharf entgegen. Als Redner ist Oswald ein großer Polterer. Wenn man ihm zuhört, so empfindet man aus seinen Darstellungen keine innere Wärme. Wie man Leute mit einer so unbedeutenden geistigen Regsamkeit in den Landtag senden kann, ist uns unbekannt. Der Ausgang der Wahl hat den Herrn Abgeordneten wohl anders belehrt. Es wurden 476 Stimmen für die Freien und nur 180 Stimmen für die Christlichen abgegeben. Alle unsere Zahlstellen haben ihren Mann gestellt. Den Ehrenpreis hat jedoch Bürgstadt errungen. Von 90 abgegebenen Stimmen erhielten wir 88. Den Christlichen wird langsam, aber sicher der Boden in unserm Bezirk entzogen. Die Arbeiter sind sich klar geworden, daß religiöse Weltanschauungen mit der Ergründung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen und Menschenrechte absolut nichts zu tun haben. Im Lager der „Schwarzen“ herrscht über den Ausgang der Wahl große Bestürzung. Man bedenke, die Bevölkerung ist hier katholisch und trotzdem mußte Oswald mit einer solch schmachvollen Niederlage nach Altschaffenburg abziehen. Diese moralische Stümpfung haben die Christlichen, die nur Quertreiber sein wollten, endlich verdient. Die verlorene Wahl ist ein gutes Vorzeichen für den Reichstagswahlkampf.

**Ohrenfurt.** Am 1. September fand unsre Mitgliederversammlung statt, welche leider einen schlechten Besuch aufzuweisen hatte. Im Punkt Tarifangelegenheiten wurde von den Kollegen nicht viel gesprochen, da diese Punkte auf den Berflägen geregelt werden. Sodann wurde zum Punkt Verschiedenes übergegangen. Zunächst wurde beschlossen, den Ortsdosen von 100 Mark bei dem „fränkischen Volkstreu“ zu deponieren, auch wurde vom Vorsitzenden eine Broschüre, betreffend Arbeiterversicherung, um Preise von 30 Pfg. angeboten. Da dieses Werk für uns alle sehr nützlich ist, bestellten die meisten Kollegen dasselbe. Hierauf wurde über die Kollegen Kahlenberger und Brand lebhafteste Debatte geführt, da dieselben mit ihren Beitragsleistungen schwer im Rückstande sind. Da der Versammlungsbefuch immer schlechter wird, wurde der Antrag gestellt, daß diejenigen, die der Versammlung ohne Grund fernbleiben, eine Strafe von 20 Pfg. zu entrichten haben. Solche Kollegen, die die Versammlung zu spät besuchen, haben sich sofort beim Vorstehen zu entschuldigen, dieses wurde einstimmig angenommen. Zum Schluß wurde von seiten der Kollegen noch angeregt, einen Versammlungstempel einzuführen.

**Planen.** Eine gutbesuchte Versammlung fand am 8. September im Gewerkschaftshaus statt. Im ersten Punkt der Tagesordnung wurde die Normaltarifvorlage nochmals behandelt und das bis auf weiteres festgelegte anerkannt. Weiter wurde gegen den Einstellungsmodus der Firma Stöcklein protestiert, die eine Annonce im „Steinarbeiter“ veröffentlichte. Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen: „Alle auf Annonce zureisende und in Arbeit tretende Kollegen haben Erkundigungen bei der Ortsverwaltung einzuholen“. Es scheint Kollegen zu geben, die einfach auf ein Inserat hin ohne weiteres losreisen. Jetzt ist der Arbeitsmangel überall schon ein spürbarer, so daß man damit rechnen muß, daß ausgeschriebene Stellen im Handumdrehen besetzt sind. Erörtert wurde eine noch schwebende Angelegenheit zweier Kollegen. Die Sache wurde jedoch der Ortsverwaltung überwiesen, um selbstige mit dem Hauptvorstande zu regeln. Es wurde der Vorschlag von der Versammlung gutgeheißen, zur nächsten Versammlung den Arbeitersekretär für ein Referat über Arbeiterversicherungsgeetze zu gewinnen.

**Schneidersgrün.** Unsere Quartalsversammlung vom 3. September war schlecht besucht. Der Kassierer gab die Abrechnung des zweiten Quartals bekannt. Er wurde entlastet. Einem Antrag wurde stattgegeben, den reisenden Kollegen ein Reisegehalt von 50 Pfg. zu gewähren. Unter Punkt Verschiedenes wurde hauptsächlich gewünscht, daß sich die Kollegen mehr Interesse für die Sache der Arbeiterbewegung aneignen möchten. Es herrschen noch viele Uebelstände. Daher wäre es zu wünschen, daß sich die Arbeiter mehr Wissen auf dem Gebiete der modernen Arbeiterbewegung verschaffen.

**Steinach bei Sonnenberg.** Hier und in der Umgegend sind eine größere Anzahl Schieferarbeiter in der Griffelindustrie und Bestreimmacher beschäftigt. Der größte Teil der ersten Branche gehörte bereits in den früheren Jahren dem Deutschen Bergarbeiterverbande an. Leider ging die Organisation, trotz der eifrigsten Agitation der Bergarbeiter, in Trümmer. Eine kleine Anzahl von Kollegen gehört allerdings auch heute noch genanntem Verbands an; diesen gelang es aber nicht, die übrigen indifferenteren Berufsangehörigen von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses zu überzeugen. Seitdem im Steinbrückerverband die Beitragsregulierung auf dem letzten Verbandstage vorgenommen wurde, ist es möglich, die Schieferarbeiter in diesem allein zuständigen Verbands zu organisieren. Dem Steinbrückerverband wird es schließlich auch eher möglich sein, die Berufsinteressen der Schieferarbeiter wahrnehmen zu können, als dies der Berg- oder Fabrikarbeiterverband kann. Um die Kollegen aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln, fand am 3. September in Steinach und am 4. September in Sasenthal je eine Versammlung statt, in denen Gauleiter Kollege Vohle-Würzburg referierte. Die Steinacher Versammlung war glänzend besucht, und waren außer unsern Berufs Kollegen auch noch eine Menge organisierte Arbeiter aller Branchen anwesend. Vohle wies an der Hand eines reichen Lössagenmaterials die Notwendigkeit der Organisation für die Schieferarbeiter nach. Die Lohnverhältnisse der Kollegen, die Betriebsverhältnisse in den staatlischen Schieferwerken, die ganze Produktionsweise, die gesundheitsschädliche Berufsarbeit des Schieferarbeiters wurden in der eingehendsten Weise unter dem Beifall der Anwesenden geschildert. Die Herzoglich meiningische Schieferwerke (Griffelfabrikation) haben im Jahre 1910 einen Ueberschuß von 100 000 Mark erzielt. Dies müßte den Arbeitern zu denken geben. Die Betriebe sind wohl modern eingerichtet und mit den neuesten Maschinen ausgestattet, um die Produktion zu erhöhen; jedoch ist dadurch eine Besserung für die Arbeiter nicht eingetreten. Die weibliche Arbeitskraft ist an die Stelle der männlichen für einige Arbeiten getreten. Die ganzen Verhältnisse bedingen, daß sich die Arbeiter der Organisation anschließen. Den Ausführungen des Referenten wurde in der Diskussion zugestimmt und teilweise ergänzt. 42 Kollegen schlossen sich der Organisation des Steinbrückerverbandes an. Da in der nächsten Zeit erneut einige Versammlungen stattfinden, so werden auch die übrigen Kollegen dem Beispiel der 42 folgen. Da infolge einer Festlichkeit der Versammlungsraum geräumt werden mußte, fand noch eine weitere Besprechung statt, und erklärten die älteren Kollegen, unter allen Umständen dafür einzutreten, daß der Verband auch Bestand haben würde. Ein Vertrauensmann, der vorläufig die Geschäfte bis zur nächsten Versammlung führt, wurde gewählt. In der nächsten Versammlung müssen alle Kollegen, Griffelmacher, Bestreimmacher, Rämmer und sonstigen Steinbrückerarbeiter, erscheinen.

allerdings, wenn er sich einmal orientieren würde, wie die Zentrumspartei, mit der er eng liiert ist, für die Zuchthausvorlage stimmte. 1881 stimmten nur 15 Zentrumsleute für die Verlängerung, 1884 haften 39 Zentrumsleute das Gesetz verlängern, ebenso stimmten 1886 27 für die Verlängerung desselben, 1888 stimmten 8 dafür und fast die Hälfte der Fraktion drückte sich! Sollte der Ober aber nicht wissen, wie die christlichen Gewerkschaften seitens der Unternehmer eingeschätzt werden, dann verschaffe er sich einmal das Protokoll der am 27. Mai d. J. in Essen stattgefundenen Hauptversammlung des Zechenverbandes. Auch wird es den christlich Organisierten nach den Reichstagswahlen klar werden, wohin die Reise der christlichen Gewerkschaften geht. Bis dahin werden sie noch geubelt werden, weil das Zentrum Stimmvieh zu den Wahlen nötig hat, um nicht ganz ausgerottet zu werden.

**Friedenhausen a. M.** Am 2. September fand im Gasthaus zum Bären unsere Monatsversammlung statt. Es wurde eingehend debattiert über den schlechten Besuch der Versammlungen. Es wurde noch über die Firma Arnolds Bericht erstattet. Diese Firma will stets und ständig den Tarif umgehen. Kollege Vohle hat der Firma schriftlich mitgeteilt, daß sie zu zahlen hätte, aber trotzdem weigert sie sich, die Aufforderung zu respektieren. Der Polier beeinflusste weiter die Kollegen und sprach sogar selbst zum Vubenrecht. Die Kollegen sollen nicht so scharf vorgehen. Berlangt aber ein Kollege sein Recht, so verbietet ihm der Polier gleich den Arbeitsplatz mit den Worten: Wem's nicht paßt, kann gehen.

**Gauswalde (Oberlausitz).** Die Versammlung am 9. September wurde vom Bezirksleiter Karl Purjche eröffnet. Nach einer kurzen Einleitungsrede erstattete Kollege Veier, Demig-Thumitz, Bericht über die Lohnbewegung. In seinem klaren und sachlichen Ausführungen betonte er, daß bei einem erstmaligen Tarifabschluß nicht alle von den Arbeitern gewünschten Verbesserungen erfüllt werden können. Im weiteren machte Kollege Veier auf die großen Schwierigkeiten aufmerksam, die sich den Demiger Kollegen in den Weg gestellt hätten. In einigen Orten sei doch die Organisation noch nicht so ausgebaut, wie es notwendig sei. Der Tarifvertrag, wenn er endgültig perfekt würde, kann nur dann durchgeführt werden, wenn eine machvolle Organisation dahinter steht. Die Ausführungen des Referenten wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Auch ließen sich 10 Kollegen in den Verband aufnehmen. Die Versammlung verlief in harmonischer Weise.

**Ramenz (Gaußig).** Hier tagte am 3. September unsere Monatsversammlung, welche leblich besucht war. Kollege Jahn war auch anwesend, welcher zugleich auch Kasse und Bücher revidierte und alles in bester Ordnung vorfand. Ueber die Kollegen im Grünscheinwerk des Herrn Jhauke, Wiesa, wurde Kritik geübt. Jeder Kollege konnte nur bestätigen, daß sie nur mit leeren Händen hauseren gehen. Der Wellandsche Betrieb „Bogelberg“, Ramenz, wurde auch recht bekräftigt. Vom letzten Bericht, der im „Steinarbeiter“ veröffentlicht wurde, mochte auch Veier der Betriebsleiter Blank Wind bekommen haben. Wenn auch keine große Abhilfe über die Mißstände getroffen wurde, so wurden doch schon einmal die Tafeln, auf welchen gegessen wird, gecheckt. Hoffentlich wird es noch besser. Aber ein unbehagliches Empfinden müssen die Kollegen Sonnabends haben. Die Verhältnisse eines Arbeiters braucht man wohl nicht zu schildern, denn jedem einzelnen wird einleuchtend sein, daß die Frauen auf die paar Groschen warten, die ihre Männer mit nach Hause bringen, um schnell einzukaufen zu können, was notwendig gebraucht wird. Herr Blank muß wohl kein solches Empfinden haben. Er zahlt erst um 7 Uhr abends aus. Das ist doch keine Sache. Die Frauen und die armen Kinder gucken ins Leere und müssen hungrig zu Bette gehen, denn sehr viele Arbeiter aus diesem Betriebe müssen eine halbe bis dreiviertel Stunden marschieren, ehe sie in ihrem Heim eintreffen. Hoffentlich ändert dies der Herr Betriebsleiter.

**Wdau.** Unser Jähriges Stiftungsfest fand am 27. August im Etablissement Stadt Warschau statt. Das Wetter war herrlich und der Besuch ein äußerst starker. Die Zahlstellen Demig-Thumitz, Ohrlitz, Arnoldsdorf, Bangen und Bischofswerda hatten städtische Delegationen geschickt. Dadurch kam zum Ausdruck, daß die Steinarbeiter der Oberlausitz ihre Interessen auch in Zukunft gemeinschaftlich vertreten wollen. Der hiesige Arbeitergefangenenrat hat sein Bestes, um das Fest verschönern zu helfen. Die Festrede hatte Kollege Staudinger übernommen. Seine Ausführungen waren recht wirksam, denn über die Festrede herrschte nur eine Stimme des Lobes. Kollege Mehrford, unser jetziger Vertrauensmann, verwies darauf, daß heute in der Granitindustrie der Oberlausitz etwa 2000 Kollegen organisiert seien. — Das Fest, welches sehr gut arrangiert war, nahm einen herrlichen Verlauf. Auch in finanzieller Beziehung haben wir sehr gut abgeschlossen.

**Mannheim.** Am 10. September fand unsere Mitgliederversammlung statt. Es wurde gleich zum Ausschluß des Kollegen Gustav Köhler aus Neustadt geschritten. Er hat vor dem Marmorarbeiterstreik bei der Firma Schachererhütte hier in Arbeit gestanden. Während des Streiks erhielt er in Frankfurt a. M. Arbeit und hätte dort sein Auskommen auch gehabt. Er hat aber auch in Frankfurt seine Leistungen gemacht, indem er bei der Firma Wolf die Veranlassung gab, daß die Sperrverhängung wurde. Von Sehnsucht getrieben, schrieb er an den Geschäftsführer der Schachererhütte, ob er wieder arbeiten könne, ohne sich zu orientieren, ob der Streik hier beendet sei. Köhler unterließ es, ins Streiklokal zu gehen, und nahm die Arbeit allein für sich auf, ohne sich um die Allgemeinheit der Kollegen zu richten. Die Mannheimer Kollegen finden es deshalb für richtig, daß Köhler vom Verband nach § 3, Absatz 5b, ausgeschlossen wird. Dann wurden für die Kollegen des Tauberggrundes, die durch die Ueberflutung zu leiden hatten, 50 Mark aus der Kasse bewilligt. Kritisiert wurde auch, daß sich der Zentralvorstand gegenüber den Geschädigten so hilflos gezeigt hat.

**Marktbreit.** Setzt einer Fachorgan! So steht im „Steinarbeiter“ Nr. 35 geschrieben. Ist dieser Artikel auch wirklich gelesen worden? Ich glaube, die Behauptung aufstellen zu können, daß die übergroße Mehrheit der hiesigen Zahlstelle dieses gar nicht beachtet und gelesen hat. Man braucht ja nur auf das Gesprächsthema aufzupassen, um herauszufinden, daß viele den „Steinarbeiter“ überhaupt nicht genügend lesen. Er wird halt in die Rocktasche gesteckt, da bleibt er drinnen, bis am nächsten Sonnabend wieder ein neuer hineinkommt. In den Versammlungen reißt man die lässigen Mitglieder auch nicht; sind mal einige dort, dann wird über alles mögliche geschimpft, persönliche Streitigkeiten werden hier ausgefochten zc. Es ist ja beschämend, wenn man so etwas schreiben muß. Damit es aber gelesen wird, muß man dieses als Ortsbericht einfügen, denn ein Artikel wird schließlich doch mit mehr Neugierde gelesen, wenn Marktbreit darüber steht. Kollegen, so darf und kann es nicht weiter gehen, mit dem bloßen Beitragszahlen ist es nicht getan, wenn man nicht einmal weiß, warum dies geschieht. Hauptsächlich den Steinhauern möchte ich raten, fester wie bisher zusammenzuhalten, mehr kollegial, mehr solidarisches zu sein. Die ganze Zahlstelle ist jung organisiert, wir müssen den Tarif ebenso hochhalten, als die Kollegen, welche ihn für uns errungen haben. Denkt an 1906, denkt an die vielen Familienväter, die für unsere Sache jahrelang ins Gefängnis gewandert sind. Dies soll für uns ein Ansporn sein, uns nach außen und innen so zu festigen, daß wir jederzeit gerüstet da stehen.

**Miltenberg.** Am 3. September fand im Bezirke Miltenberg die Gewerbegelegenheitswahl statt. Die Anregung zu diesem Institut wurde schon etliche Male vom „freien“ Verbands gegeben. Die Agitation wurde mit der nötigen Schärfe betrieben. Die Christlichen haben so ziemlich alle Orte des Be-

selbst diesmal die grausame Abrechnung mit den übertriebenen Hausfestlegungen der Vergangenheit sehr wenig mit der eigentlichen Marktsituation zusammen; vielleicht mußte diese Korrektur kommen, gleichviel aus welchem mehr zufälligen Anlaß. Aber sie setzte sich um so unerwarteter und eindringlicher durch, weil der politische Horizont gerade drohend denn je umwölkt schien, so daß sogar vergänglichste Katastrophenberichte bei dem gedüngelten Börsenpublikum Glauben fanden und die wirtschaftliche Panik vorübergehend noch steigern halfen.

Der erste schwarze Tag war für Berlin der 22. August. Nach einem angelegenen Wiener Blatt sollten die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich plötzlich schroff abgebrochen worden sein; daran reihten sich Gerüchte von einem Konflikt an der deutsch-französischen Grenze. Das bildete den äußerlichen Anstoß zu einer teilweiseen Deroute an diesem Dienstag. Mittwoch war ruhiger, weil die Schwindelnachrichten in sich zusammenfielen. Doch der folgende Donnerstag brachte einen erneuten Rückschlag, und die ganze Woche schloß ab dann in so sorgenschwerer, halbtöner Stimmung wie kaum je seit der Zuspitzung der Balkankrise im März 1909. Wir stellen hier Einfachheit halber einige (für die Abwicklung der Börsenengagements maßgebende) Berliner Liquidationskurve für die Monatsabschlüsse („per Ultimo“) zusammen:

	Mat	Juni	Juli	August
Schudert Elektrizität . . . . .	176.—	175.50	168.50	160.75
Siemens & Halske . . . . .	250.50	249.—	251.—	242.—
Allg. Elektrizitäts-Gesellschaft . . . . .	275.—	276.50	275.50	267.—
Bochumer Gußstahl . . . . .	232.—	234.25	237.—	228.—
Gelsenkirchener Bergwerk . . . . .	201.25	198.50	201.50	197.—
Ges. für elektrische Unternehm. . . . .	169.25	168.—	165.50	162.—
Harpener Bergwerk . . . . .	183.—	187.—	186.25	180.75
Rheinische Stahlwerke . . . . .	160.50	160.75	164.50	160.—
Rombacher Hütte . . . . .	188.25	181.25	184.50	179.50
Hamburg-Amerika-Paquetfahrt . . . . .	185.50	184.50	184.25	181.—
Hansa-Dampfschiffahrts-Ges. . . . .	166.—	174.50	187.—	183.—
Norddeutscher Lloyd . . . . .	98.—	97.—	96.75	97.—
Berliner Handelsgesellschaft . . . . .	166.75	165.75	170.50	168.75
Kommerz- und Diskonto-Bank . . . . .	116.25	118.—	117.50	116.50
Darmstädter Bank . . . . .	126.50	126.50	127.—	126.50
Deutsche Bank . . . . .	263.75	263.75	264.50	262.75
Diskonto-Kommandit-Anteile . . . . .	187.75	188.—	188.50	187.—
Dresdner Bank . . . . .	156.75	156.25	157.25	156.50
Nationalbank für Deutschland . . . . .	126.50	126.75	126.75	126.—
8proz. Reichsanleihe . . . . .	84 1/8	83 3/8	83.75	83.—
8proz. Preussische Konjols . . . . .	84.—	83 3/8	83 3/8	82 1/8
8proz. Sächsischen Rente . . . . .	83.—	83.—	83.50	82 1/8

Die Produktionswerte litten demnach am schwersten, aber Verkehrs- und Bankunternehmen gerieten gleichfalls ins Wanken, und die deutschen Reichs- und Staatsanleihen, auf deren Festigkeit man noch kurz vorher dem Auslande gegenüber rühmend hingewiesen hatte, waren zuletzt ebenfalls nicht mehr zu halten. Es ist schließlich ein dürrer Frost, daß ähnliche Korrekturen der Ueberkapitalen in Amerika und an den nicht-deutschen europäischen Börsen schon längst sich durchgesetzt und bis zum Augenblick noch immer festgewurzelt haben.

Nicht einmal auf eine verhältnismäßige Entlastung des Geldmarktes rechnet man angesichts des heranrückenden wichtigsten Quartalsstermins, obwohl die Ansprüche der Börsenspekulation sich wahrscheinlich auf längere Zeit wesentlich einschränken werden. Denn auf der andern Seite müssen die zahlreichen Warenpreissteigerungen, in erster Linie für die unentbehrlichsten Massenlebensmittel, den Geldbedarf in nächster Zukunft beträchtlich vermehren. Wir haben, wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres, seit Monaten einen mittleren Reichsbankdiskontsatz von 4 Prozent. Im Vorjahre trat am 26. September eine Erhöhung auf 5 Prozent ein, um dann bis zum Jahresende anzuhäufeln. Ungefähr auf die gleiche Entwicklung werden wir uns im laufenden Jahre gefaßt machen müssen, falls nicht außergewöhnliche politische Ereignisse nochmals eine Rolle zu spielen beginnen.

Die Warenpreissteigerung der letzten Wochen und Tage betraf, wie erwähnt, vor allem die unentbehrlichsten Lebensmittel. Die Gründe brauchen wir nicht nochmals auseinanderzusetzen. Es genügt, wenn wir folgende Preise pro Tonne Getreide wiedergeben:

	am 1. August	am 15. August	am 4. Septbr.	Steigerung
Dezember-Weizen . . . . .	201.75	206.25	220.75	19.— M.
Mat-Weizen . . . . .	—	212.—	223.75	11.75 "
Dezember-Roggen . . . . .	168.25	174.—	190.25	31.— "
Mat-Roggen . . . . .	—	180.—	201.50	21.50 "
Hafers . . . . .	167.25	169.25	187.—	19.75 "

Gerade der Roggen ist demnach am raschesten in die Höhe gegangen, und wir verbrauchen von ihm noch immer um die Hälfte mehr als Weizen (geschätzt jährlicher Verbrauch, für menschliche und tierische Ernährung und für gewerbliche Zwecke, 1909/10: Weizen 6 Millionen Tonnen, Roggen 9,78 Millionen Tonnen oder pro Kopf der Bevölkerung 93,3 und 152 Kilogramm). Ueber die Ernte an Kartoffeln, dem zweitwichtigsten pflanzlichen Nahrungsmittel in Deutschland, lauten die Vermutungen und Angaben noch immer sehr verschieden, aber ein empfindliches Erntedefizit ist sicherlich zu erwarten, und die heutigen Kartoffelpreise lassen das bereits verspüren. Die weiteren Rückwirkungen der Futternot auf die Fleischpreise können nicht ausbleiben.

Anfang September brachten dann vollends die Berichte aus den amerikanischen Baumwolle produzierenden Staaten ein unvermutet ungünstiges Bild der Ernterwartungen für diesen wichtigsten Textilrohstoff. Die Washingtoner Abteilung für landwirtschaftliche Produkte glaubt deshalb, verglichen mit der vorangegangenen letzten Schätzung, an eine Verschlechterung des Status um 15,9 Prozent. Auf Grund dieser Tage läme man zu einem Ertragnis von 13,84 Millionen Ballen gegen die seitherige Schätzung von 14,35 bis 14,40 Millionen Ballen — was allerdings gegenüber dem Vorjahre noch immer auf ein Mehrertragnis von etwa 1,70 Millionen hinausläme (damals 12,12 Millionen Ballen), was aber weder der nicht unerheblich vergrößerten Anbaufläche, noch den bisherigen Ertragsvermutungen entsprechen würde.

Dabei befindet sich die Dinnenschiffahrt, die für die Preisgestaltung der Lebens- und Futtermittel an den großen Konsumzentren von so eminenter Bedeutung ist, nach wie vor in einer wahren Kalamität infolge der noch immer ganz ungenügenden Fahrwasserstiefen. Beispielsweise schreibt man der Frankfurter Zeitung aus Duisburg vom 31. August: „Die Schiffahrt auf dem Oberrhein hat durch den niedrigen Wasserstand eine erhebliche Einbuße erfahren. Da der Betrieb kaum noch lohnend und damit ein Risiko für Schiff und Ladung durch Auffahren auf Sandbänken verbunden ist, so wird nur noch von wenigen Reedern die Schiffahrt nach Straßburg ausgeführt. Die Schiffahrt nach Basel ruht schon seit längerer Zeit. Auf der mittelhessischen Stromstrecke treten die ungünstigen Einwirkungen des niedrigen Wasserstands stark in die Erscheinung. Schiffsunfälle, leichter und schwerer Art, sind an der Tagesordnung, und trotz der bedeutenden Ladungseinschränkungen bei den großen Schiffe nehmen die Leichterungen an den verkehrsreichsten Plätzen fortwährend an Ausdehnung zu. Auch für die in den Rhein bestimmten Rähne haben die Leichterungen schon einen beträchtlichen Umfang angenommen.“ Viele Transporte gehen deshalb weiter auf die Eisenbahn über, deren viel höhere Tarife deshalb im Warenpreise, das heißt in einer abermaligen Preissteigerung, zum Ausdruck kommen.

# Der Kampf gegen das Koalitionsrecht.

## II. Die Geneigtheit des Bürgertums, auf „gesetzlichem Wege“ Terrorismus zu üben.

Die Hegeleien und Scharfmachereien der Arbeiterfeinde haben die Situation soweit „geklärt“, daß die Reaktion dreist und unerschrocken daran geht, ganz offenkundig klassenstaatlichen Terrorismus „auf gesetzlichem Wege“ auszuüben. Die Reaktion hat gut vorgeberichtet und verfüllt ihre verbrecherischen Pläne nicht mehr im geringsten. Denn verbrecherisch im höchsten Grade ist es, wenn die bestehenden Klassen ihre politische Macht dazu benutzen, die besitz- und rechtlose Masse des arbeitenden Volkes gewalttätig daran zu hindern, ihre wirtschaftliche Lage zu heben und den Preisverhältnissen anzupassen. Die Reaktion spielt bewußt mit dem Feuer, denn auch den reaktionären Mächten ist es klar, daß die Verbekraft einer so gewaltigen Gemeinschaft, wie sie die moderne Arbeiterbewegung darstellt, nicht unterdrückt, wohl aber aufgepeitscht und in andre Bahnen gelenkt werden kann — eben durch ungerechte Unterdrückung „auf gesetzlichem Wege“. Aber die Reaktion schreckt vor ihrem verbrecherischen Tun nicht mehr zurück, glaubt sie doch, die Mehrheit des Bürgertums und die politische Macht hinter sich zu haben.

Wie weit die Reaktion sich der Unterstützung des Bürgertums gewiß ist, das geht klar und unzweifelhaft aus einer Auslassung der konservativen Korrespondenz vom Ende August 1911 hervor: Das Blatt nimmt Stellung zu den Petitionen, die Maßnahmen zum Schutz der Arbeitswilligen und Unternehmer fordern. Zum Schluß seiner Ausführungen schreibt das Blatt: „Da zweifellos durch die Ereignisse der letzten Zeit (soll heißen: durch die ununterbrochenen Hegeleien und Verleumdungen der Scharfmacher) bei der Mehrheit der bürgerlichen Parteien sich die Geneigtheit verstärkt haben dürfte, diese Frage (der Vernichtung des Koalitionsrechts) baldigst auf gesetzlichem Wege zu regeln, so sollten die verbündeten Regierungen möglichst bald eine entsprechende Vorlage dem Reichstage unterbreiten. Wenn der Freisinn auch in dieser Frage sich als Schlepenträger der Sozialdemokratie betätigen will, so kann das in vieler Hinsicht den andern bürgerlichen Parteien nur willkommen sein.“

Also nur der Freisinn scheint von allen bürgerlichen Parteien noch etwas weniger geneigt zu sein, das verbrecherische Treiben der Reaktion gegen die moderne Arbeiterbewegung mitzumachen. Doch ganz gewiß ist verfehlt, wollte man annehmen,

Wir dürfen nicht verkennen, daß die Organisationen unserer Gegner, die Organisationen der Unternehmer nicht nur in gleichem, sondern vielleicht noch in viel stärkerem Verhältnis gewachsen sind. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Unternehmer auch ihre Taktik geändert haben. Während sie noch vor wenigen Jahren ihr Hauptaugenmerk darauf richteten, die Anforderungen der Gewerkschaften abzuwehren, eine gewisse Abwehrtaktik zu führen, sind die Unternehmer jetzt zur Angriffstaktik übergegangen, dazu übergegangen, den Ablauf der Tarife möglichst für eine größere Zahl von Gewerben auf denselben Termin zu bringen, um so bedingungslos den Arbeitern Vorschriften in bezug auf die Neugestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu machen und dann, wenn diese nicht bedingungslos angenommen werden, große Massen der Arbeiter auszusperrten, in der Hoffnung, daß diese Massensperrungen die Finanzkraft der gewerkschaftlichen Organisationen erschöpfen müsse. . . . Wir können nach dieser Entwicklung, die sich hier vollzogen hat, mit aller Sicherheit darauf rechnen, daß wir noch schwereren Kämpfen entgegen gehen, daß die Massensperrungen der Unternehmer in Zukunft noch weit das übertreffen werden, was wir bisher erlebt haben. Daher wollen wir uns immer vergegenwärtigen: Bei allen diesen Kämpfen, die uns bevorstehen, sind wir auf die eigene Kraft angewiesen. Wir haben keinerlei Hilfe, etwa von der Verwaltung oder durch die Gesetzgebung des Staates zu erwarten.

Lesen bei Eröffnung des achten Gewerkschaftskongresses.

daß der Freisinn die Politik gegen die Koalitionsfreiheit ganz entschieden bekämpfen wird. Im Gegenteil! Der Freisinn hat sich bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung unzweifelhaft als Schlepenträger der finsternen Reaktion erwiesen. Immerhin ist sich die Reaktion der Unterstützung aller übrigen bürgerlichen Parteien schon gewiß!

Getrost können nun die Scharfmacher mit ihren verbrecherischen Plänen kommen. Das tun sie denn auch in weitgehendstem Maße. Die Reichsregierung hat es ebenfalls nicht veräuert, das Ihre dazu beizutragen und den Wünschen der Scharfmacher nachzukommen. Der Vorwurf zu einem Deutschen Strafgesetz enthält Paragraphen und Strafbestimmungen, die direkt Ausnahmestimmungen gegen die moderne Arbeiterbewegung bedeuten. Am reaktionärsten ist wohl der § 241 des Entwurfs. Er lautet: „Wer durch gefährliche Drohung einen andern in seinem Frieden stört, wird mit Gefängnis oder Haft bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft.“

Der Zweck ist ohne weiteres klar. Wenn die Rechtsprechung des Kaiserreiches es schon dahin gebracht hat, in der Weigerung, mit unorganisierten Arbeitern unter einem Dach zu arbeiten, eine Erpressung zu erblicken, so ist es ein leichtes, mit Hilfe des § 241 jede gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit zu unterdrücken. Das Streikpostenstehen gefährdet die „Recht“prechung schon jetzt mit dem Groben-Insurg-Paragraphen! Es ist gar nicht abzusprechen, was mit Hilfe des § 241 alles gefaßt und unterdrückt werden soll und wird. Sicher ist, daß der § 241 und noch viele andre Paragraphen aus den Wünschen und dem „Material“ der industriellen und agrarischen Scharfmacher hervorgegangen ist, zu dem ausgesprochenen Zweck, die Verbekraft der Gewerkschaften lahmzulegen und das Koalitionsrecht zu vernichten.

Nun wird diese Annahme ja kurzweg als „sozialdemokratische Entstellung“ bezeichnet. Es trifft sich aber außerordentlich gut, daß der Zentralverband Deutscher Industrieller nunmehr durch einen Antrag an die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs jeden Zweifel ausschließt. Der Antrag bezweckt folgende Fassung des § 241:

„Wer durch gefährliche Drohung einen andern in seinem Frieden stört, wird mit Gefängnis oder Haft bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft.“

Einer gefährlichen Drohung im Sinne des ersten Absatzes macht sich auch derjenige schuldig, der es unternimmt, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Arbeitsstätten, Wege, Straßen, Plätze, Bahnhöfe, Wassertrassen, Häfen oder sonstige Verkehrsanlagen planmäßig zu überwachern.“

Die Scharfmacher schrecken also nicht davor zurück, von ihren Machtmitteln auch den äußersten Gebrauch zu machen. Allerdings kann zu ihrer Entschuldigang angenommen werden, daß Profit- und Gewinnsucht alles menschliche Empfinden, jedes Gefühl für Freiheit und Recht in ihnen erlöset hat; daß ihnen durch eine unbefchränkte Ausbeutungsfreiheit jedes Verant-

wortungsgefühl abhanden gekommen ist. Sie halten es ganz für selbstverständlich, daß durch die vorgesehene Maßnahmen in Zukunft Verhandlungen der Arbeitervertreter mit den Unternehmern, daß Streik und Boykott unter Strafe gestellt wird; sie wollen den Kreis nur vollständig schließen.

Schließlich ist das haßerfüllte blindwütige Vorgehen der rücksichtslosen Scharfmacher auch nicht dazu angetan, besonders Fremden zu erregen. Rechnen sie doch nicht nur mit der Geneigtheit, sondern mit dem unerschütterlichen Willen des Bürgertums und der Regierung, ihren Wünschen nachzugeben. Schon aus Anlaß der Verhandlungen der Petitionskommission des Reichstags über die Eingaben der Arbeitgeberverbände, Innungsverbände und andern Vereinigungen mit dem Ersuchen eines gesetzlichen Schutzes der Arbeitswilligen usw., führte der Referent unter anderm aus:

„Es muß unbedingt dafür eingetreten werden, daß der brave ruhige Arbeiter bei Streiks nicht durch Belästigung von Streikposten, Bedrohung oder Mißhandlung gehindert werde, weiter zu arbeiten oder angebotene Arbeit anzunehmen.“

Dazu schrieben gegen Ende Mai 1911 die Berliner Politischen Nachrichten:

„In den Ausführungen des Referenten — dieser ist der Zentrumsaubeordnete Böring — ist ganz besonders der Hinweis bemerkenswert, daß Mißstände, wie sie in den Eingaben geschildert werden, tatsächlich vorhanden und durch Gerichtsverhandlungen in zahlreichen Fällen nachgewiesen sind. Die daraufhin erhobene Forderung, daß der arbeitswillige Arbeiter keinesfalls gehindert werden dürfe, seinem Erwerbe weiter nachzugehen bzw. angebotene Arbeit anzunehmen, ist von der Kommission gebilligt worden. Soffentlich zeigt die Stellungnahme der Petitionskommission an, daß die Forderung eines stärkeren Schutzes der Arbeitswilligen, und ebenso die Forderung wirklicher Abwehrmaßnahmen gegen Boykottierung und Verweigerung eine sichere Mehrheit im Reichstage hinter sich hat.“

Es besteht nicht nur Geneigtheit, sondern ein fester Wille, die moderne Arbeiterbewegung „auf gesetzlichem Wege“ zu terrorisieren. Das Koalitionsrecht soll und muß fallen — so will es die Reaktion, so will es auch das Bürgertum und die Regierung.

## Frankfurter Brief.

Die großartige Entwicklung der Zementindustrie mit ihrer tief einschneidenden Wirkung auf die Steinindustrie hat hier wieder einen neuen Erwerbshweig erschlossen. Während es seither allgemein üblich war, Kunststeine nur in einzelnen fertigen Stücken zu verlegen, geht man jetzt hier dazu über, Sockel, Treppen, Fenstergeselle, ja ganze Fassaden, erst am Bau selbst einzusetzen und nachher in hartem Zustand durch den Steinmeßgen bearbeitet zu lassen. Die günstigen Kalkulationsverhältnisse, billige Betriebskosten, sowie die geringen Ansprüche an das technische Können hat hier bereits einige Kleinmeister aus dem Boden schiefen lassen, welche sich die Betonbearbeitung als Spezialität ausersehen haben. Gegenwärtig haben dieselben 25—30 Mann beschäftigt. Aber nicht bloß diese neuerstandenen Meister, für welche der Zement ja Existenzbedingung ist, auch ältere Geschäfte können der Betonbearbeitung nicht mehr aus dem Wege gehen. Die Kollegen, welche nur Zement bearbeiten, erhalten zwar teilweise 1—5 Pfg. mehr wie den ortsüblichen Stundenlohn, allerdings ist denn auch das Abstoßen und Scharrieren von Decken, Treppen, Bögen usw. sicherlich keine angenehme Beschäftigung. Bei der Ueberfichtlichkeit der Arbeit, welche gewiß keine große Anforderung an die Kalkulationsfähigkeit stellt, sollte man nun glauben, daß Preisunterbietungen bei der Zementbearbeitung eigentlich fast ausgeschlossen wären. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall, während beim Aufkommen der Zementbearbeitung noch 3 bis 4 Mark pro Quadratmeter bezahlt wurde, wird jetzt der Quadratmeter schon für 1.50 Mark und vielleicht noch billiger bearbeitet. Diese Preisdrückerei hat natürlich die größte Ausbeutung der Kollegen zur Folge. Der Meister ist jeden Abend in der Lage, die geleistete Arbeit genau nachzumessen und den auf ihn entfallenden Profit von jedem einzelnen Arbeiter zu bestimmen. Oder mit andern Worten: die Tüchtigkeit des Arbeiters wird nur noch nach Quadratmetern bemessen, nicht nach beruflichen Kenntnissen und Fähigkeiten. Aber auch noch andre Folgen wird die Preisdrückerei zeitigen, welchen die Zahlstelle entgegen ihre Aufmerksamkeit schenken muß. Gerade die geringen Anforderungen an die beruflichen Kenntnisse, die das Betonbearbeiten stellt, werden das Verlangen nach möglichst billigen Arbeitskräften nach werden lassen und der Verwendung von ungelerten Arbeitern die Wege ebnen. Ein Baugeschäft hat bereits angefangen, zum Betoncharrieren Maurer zu verwenden. Wir sind nun nicht in der Lage, der Aufwärtsentwicklung der Zementindustrie einen Niegel vorzusetzen, wir müssen uns im Gegenteil den Verhältnissen anpassen versuchen. Ist doch hier die Arbeitslosigkeit im letzten Jahrzehnt für die Sandsteinmeßgen fast ganz lahmgelegt, sie können sich außerdem nur noch als „Mittelmittel“ betätigen, welche netze Bezeichnung nur einem gewissen Galgenhumor entsprungen sein kann. Aber wir müssen vor allen Dingen darauf sehen, daß die tariflichen Löhne auch in Zukunft aufrechterhalten werden. Größere Betonarbeiten befinden sich gegenwärtig an dem neu angelegten Dörfchen, der Mainbrücke, sowie an dem Neubau der Königl. Baugewerkschule. Doch sollen die Erfahrungen, welche die Bauverwaltung gerade bei der letzteren mit der Verwendung von Kunststein gemacht hat, nicht gerade ermutigend sein. So haben die Zahnschnitte schon dem Nacharbeiten durch den Steinmeßgen nicht standgehalten. Als Demonstrationsobjekt für die Vorzüglichkeit des Kunststeins läßt sich also später einmal das eigne Gebäude bei den Schülern der Baugewerkschule nicht verwenden. Wie sollen denn später die Schüler, wenn sie praktisch tätig sind, den Naturstein genigend würdigen, wenn das eigne Schulgebäude aus Kunststein hergestellt ist. Aber auch andre Vorgänge verdienen die besondere Beachtung der Kollegen. Vor dem Eintritt der Sommerferien wurden wie alljährlich wieder eine Anzahl Schulen zur Renovierung im Submissionenwege vergeben. Bei gerechter Verteilung der betr. Arbeiten durch die Stadt mußte, wie es ja auch später eingetroffen ist, für jede dabei in Frage kommende Firma je eine Schule abfallen. Anstatt sich nun vorher über diese Frage zu verständigen, zogen die Meister es vor, sich in ganz unförmiger Weise zu unterbreiten, so daß Differenzen von 30—100 Prozent in den Angeboten festgestellt werden mußten, dabei betrug die einzelnen Arbeiter durchschnittlich nur 700 Mark. Würden die Herren Arbeitgeber nur halb so viel Einigkeit bei Uebernahme derartigen Arbeiten verwenden, als wie sie sie bei bescheidenen Lohnforderungen ihrer Arbeiter in der Zurückweisung derselben besitzen, so wäre ihnen mehr geduldet. Hat man sich nun in der Submission vergaloppiert, so müssen nachher auf Kosten der Arbeiter und auch der übernommenen Arbeiten, die bekannten Manipulationen herhalten, um auf die Rechnung zu kommen. Die Firma Julius Schnellbach verdient hier ganz besonders einmal festgenommen zu werden. Bei Submissionen wird der Billigste markiert, die Arbeiter werden oft unter dem ortsüblichen Lohn bezahlt, und wenn die Arbeit fertig ist, mitten in der Woche entlassen, so daß der Vergleich mit einem Taubenkäse sehr zutreffend ist. Als ganz besonderer Skandal muß es aber bezeichnet werden, daß Arbeiten, und wenn es manchmal nur ein paar Brocken sind, welche die Stadt unter der ausdrücklichen Bedingung vergibt, daß dieselben hier angefertigt werden müssen, einfach fertig aus den Brüchen bezogen werden. Den hiesigen Kollegen wird dann noch zugemutet, daß sie auf Befragen durch städtische Bauführer oder Aufseher einfach sagen sollten, die Steine seien hier am Plage angefertigt worden.

## Taktisches bei Lohnbewegungen und Streiks.

I.  
Wer keinen Willen hat,  
Ist immer ratlos,  
Und der kein Ziel noch hat,  
Ist immer pfablos,  
Und der nicht Früchte hat,  
Ist immer saarlos,  
Und der kein Streben hat,  
Ist immer tatlos.  
Carmen Sylva.

In diesem Jahre hat unser Verband eine große Zahl Lohnbewegungen durchgeführt. Die besten „Ernte“monate sind April, Mai, Juni, Juli und August. Wir haben im Verbandsorgan bereits in detaillierter Weise nachgewiesen, daß das Jahr 1911 für die gesamten Steinarbeiter besonders erfolgreich war. Aus den vergangenen Kämpfen haben wir nun auch die dementsprechenden Lehren zu ziehen. Es erscheint demnach angebracht, daß wir uns über das Thema: Taktisches bei Lohnbewegungen und Streiks, eingehend äußern. Von vornherein wissen wir, daß es rein unmöglich ist, das Thema in erschöpfender Weise behandeln zu können. Ueberdies wird bei der Aufrollung eines solchen Themas der Verfasser bis zu einem gewissen Grade subjektiv urteilen, wenn er auch mit dem besten Willen bestrebt ist, objektiv zu sein.

Nachdem nun in diesem Jahre die Lohnbewegungen zu 95 Prozent erledigt sind, liegt es im allgemeinen Interesse, wenn das genannte Thema behandelt wird. Wir wollen nun ohne Umschweife zu den einzelnen Kapiteln übergehen.

Das Aufstellen der Forderungen geschieht sehr häufig in recht unüberprüflicher Weise. Besonders dort, wo bisher die Flächen- und Gliederberechnung nicht erreicht werden konnte, wird ein großer Rummel bei der Aufstellung beliebt. Es ist sehr häufig die schwache Seite der Verbandsvertreter bei Tarifverhandlungen, daß unsere Kollegen nicht genügend Material zur Stelle geschafft haben, in welcher unterschiedlicher Weise oft die einzelnen Werkstücke bezahlt worden sind. Mit allgemeinen Redensarten ist den Unternehmern gegenüber nichts zu beweisen; unsere Kommissionsmitglieder müssen deshalb die entsprechenden Skizzen mit Preisverzeichnis ohne weiteres zur Hand haben. Die Zahlstellenverwaltungen müssen darauf dringen, daß ihnen von den einzelnen Werkplätzen derartige Beweismaterial übermittelt wird. Als besonders unliebsam muß es empfunden werden, wenn unsere Kollegen in den letzten Augenblicken erst noch mit einem Duzend Abänderungsanträgen kommen, die sehr häufig nicht genügend durchgearbeitet sind. Die Gauleiter sollen darauf bringen, daß die Zahlstellen, die Abänderungsanträge stellen, ihm diese mindestens 8 Wochen vor Ablauf des Tarifs mitteilen. Wird dieser Rat befolgt, dann kommt in die Lohnbewegung auch etwas mehr Ueberprüflichkeit. Werden aber im letzten Augenblick noch so und so viele Abänderungsanträge „zusammengemimt“, so hat häufig eine gründliche Beratung darüber nicht stattgefunden. Es ist eben nicht so einfach, daß unsere Tarife mit ihren reichen technischen Details so ohne weiteres nach Geschmack und Laune umgestaltet werden können.

Die Kommissionsmitglieder müssen sich beim Aufstellen der Lohnforderungen den größten Einfluß sichern. Es geht nicht, daß bei den einzelnen Positionen so ohne weiteres außergewöhnlich hohe Preise eingefordert werden. Wir hören dann häufig: ja, die Kommission muß halt etwas runtergehen. Wir sollen uns nicht auf den Standpunkt des „billigen Jakob“ stellen bei der Preisfestsetzung, nein, wir müssen die Sätze so normieren, daß wir sie auch mit gewichtigen Argumenten begründen können. (Aus unserer praktischen Tätigkeit bei Tarifverhandlungen sind uns in dieser Hinsicht geradezu groteske Dinge bekannt geworden.)

Eine günstige Konjunktur ist natürlich bei den durchzuführenden Lohnbewegungen von ausschlaggebender Bedeutung. Mit sehr gut disziplinierten Truppen und dem großen Geldsack ist noch lange kein Streik gewonnen. Die

Konjunkturverhältnisse werden bei uns nicht immer genügend gewürdigt. Da oder dort, wo ein Tarif noch nicht besteht, könnte mit Leichtigkeit eine Vorlage durchgedrückt werden, wenn von oben herab die Anregung gekommen wäre. Die Kollegen am Orte selbst sind nicht immer so routiniert, daß sie verlangen, daß eine Lohnbewegung durchgeführt wird. Nun, diese Fälle werden immer seltener, weil durch die Gauleiter die Anregungen (zum Tarifeinreichen) in Zukunft ohne weiteres gegeben werden. Auf der andern Seite gibt es eine Menge Zahlstellen, die alle zwei Jahre mit ihrer Lohnbewegung große Erfolge einheimen wollen, und wenn dann nicht alle Wünsche befriedigt werden können, so wird auf den Streik hingearbeitet. Wer unsere Streikstatistik der letzten zehn Jahre prüfen will, der kann mühevoll finden, daß unser Hinweis leider nur zu wahr ist. Es ist nun nicht leicht, in äußerster einwandfreier Weise die Konjunkturverhältnisse prüfen zu können, insbesondere wenn dabei die gesamte Steinindustrie des Reiches ins Auge gefaßt werden soll. Am übersichtlichsten läßt sich noch einigermaßen der Geschäftsgang in der Sandsteinbranche feststellen. Und zwar deshalb, weil aus Sandstein Vorratsarbeiten nur in minimaler Weise angefertigt werden können. Wenn in jener Branche Aufträge nicht vorhanden sind, dann sind ohne weiteres die Werkplätze öde und leer. Sind aber Aufträge in Aussicht, dann klappert in der Sandsteinindustrie auch mit den Lohnbewegungen besser. Wir glauben ohne Widerspruch feststellen zu können, daß in prozentualer Weise die Streiks in dieser Branche am billigsten sind. Den wirklichen Geschäftsgang in der Hartsteinindustrie festzustellen, fällt schon bedeutend schwieriger.

Tausende und Abertausende von Metern an Randsteinen werden fertiggestellt (die Normalprofile lassen das zu) und kein Mensch weiß, ob die Quanten bestellt sind oder ob es sich um Lagerware handelt. In Striegau, Säcklitz, Demitz, Cunewalde, Ramenz, Bischofheim usw. werden stets und ständig Trottoirplatten angefertigt. Die Arbeiter merken nichts, ob dementsprechende Bestellungen vorliegen oder nicht. Den Unternehmern ist es natürlich aus finanziellen Gründen schon lieber, wenn sie laufende Aufträge auch in dieser Massenware ausführen können; aber sie halten mit der Produktion auch nicht merklich inne, wenn eben Aufträge nicht eingehen. So weit in der Hartsteinindustrie Bauarbeit in Frage kommt, ist eine Ueberfüllung über den Geschäftsgang natürlich auch leichter. Profilitrappen mit bestimmten Längen, Sohlbänke, Stürze, Hauptgesimse usw. sind keine Vorratsarbeiten. Aber diese besseren Werksteinarbeiten in der Hartsteinindustrie haben heute keine allzugroße Bedeutung mehr. Im Odenwald und auch im Schwarzwald war vor zehn Jahren die Werksteinproduktion noch sehr im Flor, heute müssen dort die tüchtigsten Profilarbeiter ihre „Kunst“ im Herstellen von Randsteinen ausüben. (Alle Tage im Minimum 2-3 Meter). Am allerwichtigsten ist die richtige Einschätzung über den Geschäftsgrad in der Pflastersteinbranche. Das darf uns nicht immer täuschen, wenn auf den Lagerplätzen Tausende von Quadratmetern Pflastersteine aufgeschichtet sind. Größere Firmen, die Hunderte von Arbeitern beschäftigen, müssen bis zu einem gewissen Grade ihre Lagerplätze besonders im Frühjahr gefüllt haben. Sehr häufig werden im Handumdrehen Abschlässe in Pflastersteinen von 40000 bis 50000 M. gemacht, und die Lieferung soll schnellstens ausgeführt werden. Da kommt natürlich dem Lieferanten sein gefüllter Lagerplatz sehr zu statten. In der Pflastersteinindustrie ist es völlig ausgeschlossen, daß immer bloß die besten Aufträge ausgeführt werden können. Würde dem Rechnung getragen, dann müßten teilweise große Arbeiterentlassungen vorgenommen werden und andererseits müßte beim Eingang von Bestellungen eine große Arbeiterzahl neu angeworben werden. Ersteres wäre dem Unternehmern völlig gleichgültig, aber bei stottem Geschäftsgang die gewünschte Arbeiterzahl in die unwirtlichen Gebirgsgegenden zu bekommen ist einfach unmöglich. Und so wird deshalb in dieser Branche jahraus jahrein im Schema F weiterproduziert. Diese Art der Produktion erfordert natürlich auch enorme Kapitalien. Was aber den Pflastersteinindustriellen und Schotterwerksbesitzern recht angenehm zustatten kommt, ist, daß die Behörden bei Streiks sehr leicht geneigt

sind, die Lieferungsfrist zu verlängern. Dieser Punkt ist bei unseren Lohnbewegungen besonders erwägenswert. Oft waren in den Pflastersteinwerken die Chancen für uns recht günstig, aber da kamen die Behörden den Unternehmern mit der verlängerten Lieferungsklausel bereitwillig zu Hilfe. Gewiß können unsere Genossen die betreffenden Stadtverwaltungen wegen einer solchen einseitigen Begünstigung „interpellieren“. Aber für unsere Verbandskollegen springt dabei nichts mehr heraus.

In der Monumentindustrie bedarf der jeweilige Geschäftsgang einer ganz genauen Untersuchung. Wenn geschliffene und polierte Massenarbeit in Frage kommt (Pyramiden, Obelisken, Hügelsteine usw.), so ist der bestreikte Unternehmer sehr leicht in der Lage, seine Bestellungen im Nu anderweit unterbringen zu können. Den Nachweis zu führen, daß im Fichtelgebirge für die Rieker Schleifereibesitzer Streikarbeit angefertigt wird, ist nicht so leicht. Bei Fassadenarbeiten wäre eine solche Nachprüfung bedeutend einfacher. In den Marmorwerkstätten, besonders bei massiver Arbeit, läßt sich die Konjunktur schon eher überschauen. Treppenstufen, Türverkleidungen, Kamine usw. werden eben auch nur auf Bestellung gemacht. Anders dagegen verhält es sich mit dem Anfertigen der Möbelwaren. Da wird völlig ins Blaue hinein produziert und somit eine ungeheure Schmutzkonzurrenz geschaffen. Wir finden uns gerade bei dieser Angelegenheit veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß bei Streiks — in den sogenannten Möbelhuden —, auch wenn der Geschäftsgang flott geht, die Marmorwerksbesitzer bemüht sind, ihre Arbeiten von „auswärts“ zu beziehen. In Düsseldorf, Elberfeld, Hamburg und Berlin kann man darüber ein dementsprechendes Lied singen.

Wir haben somit mit wenigen Strichen angedeutet, daß es nicht so einfach ist, mit mathematischer Sicherheit den Konjunkturstand feststellen zu können. Es wird seine Richtigkeit haben, daß wenn im Bauwesen flotter Geschäftsgang herrscht, auch die Steinindustrie günstig beeinflusst wird. Aber wir haben diese Fälle im Auge, wo die „handgreiflichen“ äußerlichen Merkmale zur Beurteilung des Geschäftsganges fehlen. Und da stimmt die Verbandsleitung recht häufig mit ihrer Meinung mit den Lokalverwaltungen nicht überein. Die Zahlstellen haben naturgemäß ihr eigenes Wohl im Auge, sie nehmen nicht allzu stark auf die allgemeine Wirtschaftslage Rücksicht. Im Zentralbureau laufen nun alle Fäden zusammen, täglich gehen Berichte ein über den Stand der Lohnbewegungen, Streikaktionen werden verlangt, andre Meldungen befragen wiederum, daß die Unternehmer Lohnreduzierungen vornehmen, sehr oft, trotz der bestehenden Tarife. Weiter werden in der Zentrale die Unternehmerzeitschriften genau verfolgt. Desgleichen wird den Steinausschreibungen einiger Wert beigelegt, so daß also gesagt werden kann, die Verbandsleitung ist durch die Summierung von Einzelheiten sehr wohl in der Lage, eher einen Ueberblick über den Geschäftsgang in der Steinindustrie gewinnen zu können, als wenn nur rein lokale Verhältnisse in Betracht gezogen werden. Es ist oft ein sehr unangenehmes Kapitel, wenn man mit den Kollegen draußen im Lande Kontroversen pflegen muß, daß momentan die Zeit für eine Lohnbewegung nicht günstig sei. Da gibt es denn Kollegen, die mit Aufwendung von Lungenkraft glauben den schlechten Geschäftsgang wegdiskutieren zu können. Die Verbandsleitung hat doch ein großes Interesse daran, daß für die Kollegen materielle Vorteile herausgeholt werden, wenn aber das nicht immer möglich ist, dann darf man doch dafür die Beamten nicht verantwortlich machen.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Börseureboute in Deutschland — Geldmarkt und Quartalsstermin — Getreidepreiserhöhung — Geringere Ernteschätzung für Baumwolle — Schwierigkeiten der Binnenschifffahrt.

Es ist ein ziemlich trübes Bild, das die letzten Berichtswochen auf einigen der auffälligsten und wichtigsten Wirtschaftsgelände enthüllen.

Zunächst vertiefen die deutschen Börsen, die sich unter dem ersten Anprall der Marktkollapsen viel besser wie ihre Auslandschwestern behauptet zu haben glaubten, einem argen Marasmus. Der zweifellos künstlich gestützte Gleichmut und Optimismus der Vorperiode verflog zusehends. Vielleicht hing

## Riesenfunde aus der Vorzeit.

Im Berliner Geologisch-paläontologischen Museum treffen in wachsender Zahl die Reste der kolossalen Dinosaurier, der Reptilien der Vorzeit, ein. Sie kommen von der Berliner Tendaguruexpedition, die im Auftrage des Instituts unter Leitung des Ruktofs Dr. Janensch und des Assistenten Dr. Hennig nach Ostafrika entsandt worden sind. Die fossilen Reste werden in einzelnen Fraglasten zur Küste befördert, und dank sorgfältiger Konservierung und Verpackung leiden sie in keiner Weise unter dem Transport. So geben sie in ihrer Reichhaltigkeit und riesenhaften Größe bei ausgedehntem Erhaltungsstand bereits ein gutes Bild von den Erfolgen der Grabungen dieser Expedition, die zu den größten ihrer Art gehört und angesichts des gewaltigen, noch auszubehaltenden Materials wiederum verlängert werden mußte.

Nicht weniger als 385 Kisten mit den fossilen Resten kamen bisher nach Berlin, im Gesamtgewicht von 70 000 Kilogramm. Da der Reichtum der so interessanten und kostbaren Tiere an der Fundstelle fast unerschöpflich scheint, sollen die Grabungen, deren Abschluß ursprünglich bereits für 1910 geplant war, fortgesetzt werden, und deshalb gilt es, in Anbetracht der außerordentlichen Bedeutung der Funde, zu versuchen, die noch notwendigen Mittel in Höhe von über 100 000 Mark zu beschaffen. Ein abschließendes Bild über die Ergebnisse der Expedition läßt sich da noch nicht gewinnen. Aber eine Auswahl der interessantesten Knochen konnte bereits montiert werden. Allerdings gestaltete sich die Präparation der infolge häufiger Eiseninfiltration enorm schweren und harten Knochen beartigt mühevoll, daß es trotz der Anschaffung einer Bohrmaschine mit elektrischem Antrieb der größten Anstrengungen bedurfte. Aus dem letzten Schreiben der Expeditionsleiter, Dr. Janensch und Dr. Hennig, sei noch besonders hervorgehoben, daß endlich auch zwei der sehnlichst erwarteten und überaus wertvollen Schädel

aufgefunden und neue Fundplätze in großer Zahl erschlossen wurden. Voraussichtlich wird die Entsendung eines weiteren Museumsbeamten für die Ausgrabungen notwendig sein.

Eine große Schwierigkeit für den Museumsleiter, Geheimrat Branca, bildet nun die Unterbringung der Knochen der Riesensaurier. Die Reste haben bereits einen stark fühlbaren Platzmangel verursacht, und nicht nur die Korridore, sondern auch leider einige der als Arbeitsräume für Studierende eingerichteten Räume mußten mit den Riesenknochen belegt werden. Um bereits den von Beginn der Mission an fühlbaren Platzmangel zu beheben, ist der Bau eines Schuppens auf einem der Hinterhöfe des Museums vom Minister genehmigt worden, und wurde überdies noch das Mammutskelett nach mannigfachen Schwierigkeiten im paläontologischen Saale aufgestellt. Dadurch ist der letzte verfügbare Raum nunmehr vollends ausgenutzt, so daß jede Erweiterung der Schausammlung unmöglich ist. Es ist eine brennende Frage für das Museum, wie für Skelette von der Größe der Tendaguru-Saurier, deren Oberarmknochen bis 2,15 Meter erreichen, der erforderliche Platz geschaffen werden soll. So ähnlich muß es ja auch in jenen vorgeschichtlichen Zeiten gewesen sein, als diese riesenhaften Ungeheuer den Menschen überhaupst jeden Platz wegnahmen. Die Platzfrage im Geologischen Museum soll nun in der Weise gelöst werden, daß aus dem paläontologischen Schauaal die fossilen Pflanzen entfernt und in einem neu zu erbauenden Schuppen aufgestellt werden. Dagegen soll der von ihnen bisher eingenommene langgestreckte Raum dann mit einem Teile der Saurier besetzt werden, während der andre Teil der fossilen Tiere ebenfalls in dem Schuppen Unterkunft finden wird.

Außer den Ergebnissen der Tendaguruexpedition hat das Museum noch sehr wichtige Bereicherungen aus den Ausgrabungen erhalten, die S. Staadt im Auftrage und auf Kosten des Instituts bei Reims mehrere Monate lang unternommen hat. Die so seltenen, dem ältesten Tertiär angehörigen Säugetierreste

dieses berühmten Fundortes wurden systematisch und in größerem Umfange ausgebeutet und ergaben in einer zum größten Teil ganz vorzüglichen Erhaltung eine Fülle interessanter Knochen. Der Vorrat des Museums erhält jetzt einen besonderen Schmuck durch die fossilen Baumstämme aus dem Rotliegenden von Chemnitz, die Geh. Rat Professor Dr. Orth schenkte. Einer davon reicht bis zur Gewölbedecke hinauf und gehört damit zu den größten und eindrucksvollsten Resten der vorweltlichen Vegetation.

## Mineralogisches.

Ein großartiger Edelsteinkristall. Ein ungewöhnlicher Fund ist vor einiger Zeit von einem Bergmann im brasilianischen Staat Minas Geraes gemacht worden und hat auch in der wissenschaftlichen Welt so großes Aufsehen erregt. Es war ein Kristall der Edelsteinart Aquamarin, die in Form und Zusammenfassung zur Familie des Beryll und Smaragd gehört, sich aber durch eine bald meergrüne, bald blaue Farbe unterscheidet. Daher hat er auch seinen lateinischen Namen, der in der Uebersetzung nichts anderes als Meerwasser bedeutet. Auch der Riesenkristall aus Brasilien ist grünlich-blaue gefärbt. Seine Form ist die eines etwas unregelmäßigen hexagonalen Prismas, das an beiden Enden durch Basalflächen abgeflacht ist. Seine Länge beträgt fast ein halbes Meter, genau 48 1/2 Zentimeter, und sein Durchmesser ist nicht viel geringer, nämlich 40 und 42 Zentimeter. Dem entspricht das verhältnismäßig ungeheure Gewicht von 110 1/2 Kilogramm. Dabei ist die Durchsichtigkeit des Kristalls so groß, daß man sogar in der Längsrichtung durch die ganze Masse hindurchsehen kann. Der Schätzung nach könnten 200 000 Karat an Aquamarin von verschiedener Größe und edelster Beschaffenheit aus dem Kristall herausgeschliffen werden. Hoffentlich wird das nicht geschehen, denn dieser Fund stellt ein so großes Naturwunder dar, daß es unbedingt vor der Zerstörung gerettet und für die Nachwelt aufbewahrt werden sollte.

in ne, und zwar wird sie meistens zu Weihnachten ausbezahlt. Die Herren Unternehmer sind also in geschäftlicher Beziehung so gerissen, daß sie mit diesen Summen das ganze Jahr über arbeiten und dadurch erheblich an Bankzinsen sparen. Die antiquierte Methode beim Prämienwesen kommt aber erst im nachfolgenden vollends zur Geltung. Einige Unternehmer haben nämlich in der Arbeitsordnung noch festlegen lassen, welchen Arbeitern die Prämie ohne weiteres entzogen werden kann. Diefem kann stattgegeben werden, wenn:

1. die Arbeiter nicht regelmäßig arbeiten;
2. Trinkgelage veranstalten;
3. die Vorgesetzten nicht genügend respektieren;
4. mit den Werkzeugen nicht sparsam genug umgehen und
5. die übrigen Arbeiter aufheizen, um sich zu organisieren usw.

Wenn ein Unternehmer ganz gewissenhaft und skrupellos ist, so wird es ihm ein Leichtes sein, einige seiner Arbeiter überhaupt um den ganzen Prämienbetrag pressen zu können. Ein auffälliger Werkführer, pardon „Vorgesetzter“, kann mit Leichtigkeit den Fall konstruieren, daß sich ein Arbeiter gegen ihn aufgelehnt hätte. — Und wie behrungsfähig ist erst der „Aufhebungspatagraph“. Wir schreiben, auch die Arbeiter, welche nicht organisiert sind, aber das Bedürfnis haben, einmal mehr Lohn zu fordern, können ohne weiteres die Prämie gebracht werden, wenn man sich auf den § 5 beruft. Vor mehr Lohn verlangt, ist eben nach der Anschauung so vieler Unternehmer und Werkführer ohne weiteres ein Heher und Aufwiegler. — Aber mit den aufgeführten Bestimmungen ist das hab- und raffigierete Unternehmertum noch lange nicht zufrieden! Die Steinarbeiter werden überdies noch mit der Bestimmung geknechtet, daß sie zu Weihnachten nur dann die Prämie erhalten, wenn sie bis zu diesem Zeitpunkt bei der Firma in Arbeit gestanden haben. Eine solche Bestimmung ist im Zeitalter der sogenannten Sozialpolitik geradezu — schamlos zu nennen. Dadurch sind in einigen Steinbruchbetrieben die Kollegen mit Haut und Haaren dem Unternehmertum in wirtschaftlicher Beziehung ausgeliefert. — Duzende von Kollegen wollen solchen Unternehmern, welche die Arbeiter so entrecht, und zwar mit Hilfe der Behörden (weil die Arbeitsordnungen sanktioniert sind), den Rücken kehren; aber es geht nicht so leicht. Man hätte schon längst Grund, die Arbeitsstelle zu wechseln, sei es, weil die Löhne gekürzt wurden, oder weil die Behandlung eine recht schlechte war. Aber die Prämie ist vielleicht schon auf 30, 40 oder 50 Mt. angelaufen, und einen solchen Betrag will niemand gern fahren lassen. (Der Unternehmer gibt die Prämie natürlich nicht freiwillig, sondern er zieht sie, durch seine willkürliche Manipulation, direkt vom Lohne ab.) Die Frauen sind schon lange verdrängt worden auf diese „Weihnachtsgratifikation“, und wenn die Kollegen vor dem „heiligen Friedensfeste“ dem Unternehmer Valet sagen wollten, so geht dieses nicht, weil die Prämie der eiserne Reifen ist, welcher ihn an seinen ausbeutungslüftigen Unternehmer mit dämonischer Gewalt festhält. — Die Unternehmer kürzen dann oftmals in den Herbstmonaten die Löhne, die Arbeiter müssen sich das häufig gefallen lassen, weil sie beim Arbeitsaustritt sonst um ihren vorerhaltenen Lohn, um die Prämie, kommen. Treten die Kollegen in einen Streit ein, so sacht der Unternehmer die Prämie ohne weiteres ein.

Unser Verband hat alles aufzubieten, damit in Zukunft den Unternehmern, welche so handeln, das Handwerk gründlich gelegt wird. Wir haben dazu unsere Presse, um unsere Kollegen zu schützen. Wir werden diese Prämienmiskwirtschaft von der Tribüne des Reichstags herab geißeln lassen, weil sie gegen die guten Sitten und ethischen Grundzüge verstößt. Wir werden den sozialdemokratischen Landtags- und Stadtverordnetenfraktionen Material liefern, damit auch sie in wirksamer Weise unsere Interessen in diesem Punkt vertreten können. Es ist ein Skandal, daß die städtischen Verwaltungen an Unternehmer, welche mit dem Prämienwesen arbeiten, noch Aufträge erteilen.

## Zu den Arbeitsangeboten im „Steinarbeiter“.

In einigen Zeitstellen ist man mit der Redaktionsführung unseres Blattes wieder einmal unzufrieden. Der „diesfällige“ Redakteur hat Inserate mit Arbeitsangeboten angenommen, und nun hat sich herausgestellt, daß einige Kollegen trotzdem eine Einstellung nicht finden konnten. Aber es hieße das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn deshalb in Zukunft solche Inserate nicht mehr Aufnahme finden sollten. — Unsere Kollegen, besonders diejenigen, welche schon mit mathematischer Sicherheit wissen, daß ihnen am Sonnabend der „Fremdenzettel“ verabsolgt wird, lauern mit großer Ungeduld darauf, bis ihnen der „Steinarbeiter“ ausgehändigt wird, weil sie vermuten, daß irgendwo Arbeitskräfte gesucht werden. — Die Zeiten haben sich eben ganz gewaltig geändert. Wenn man vor zirka 15 Jahren in der Zeitstelle A. am Lohnstage den Knüppel in den Geschirrfasten stellte, so konnte man mit großer Wahrscheinlichkeit darauf rechnen, daß man in der Nachbarzeitstelle B. Beschäftigung erhielt. Das „Reisen“, wenn man so sagen darf, war mit keinen großen Unkosten verbunden. Diejenigen aber, welche von großem Latendrang besetzt waren, um mit gewetzter Brust in die weite Welt hinauszuziehen, die hatten sich bei ihrer „Erstlingsreise“ eine große Tour vorgenommen, und es war ihnen egal, ob sie acht oder gar zehn Wochen außer Arbeit waren. Die Hauptsache war ja, daß man sich als junger Mann die Welt anfah, und selbstredend dabei seine beruflichen Kenntnisse erweiterte. Und wenn dann der Kollege, der in Berlin den Reichstag sah, in Hamburg den Jungfernstieg entlang trottete, in Köln die Steinmehrarbeiten des Domes bewundern konnte, in Strahburg wegen Bettel und Landstreicherei etliche Wochen im Kitzchen saß, im Hofbrauhaus zu München etliche Maß frisches Bier trinken hatte und diverse Möbel (natürlich nur die schönsten) gestohlet hatte, so war dieser Kollege, wenn er nach Jahren wieder in seiner Heimat an der Haubank stand, ein ganzer Kerl. Sein Wort galt was, er hatte sich ja organisiert, und sein Blick war in politischen und wirtschaftlichen Dingen etwas gereifter. — Die Kollegen, die so gereift sind, sind stolz auf ihre Jugend-

jahre, und sie haben auch ein Recht darauf, sich der vergangenen Tage zu freuen.

Heute werden sehr oft die Familienväter auf die Handtrage gestochen, und im Interesse dieser liegt es ganz besonders, wenn sie schnell ein Unterkommen finden.

Wenn heute ein Handtrage in Schloten abreist, so soll man es ihm nicht übernehmen, wenn er verhaftet, durch ein Ankreiden an eine Firma Arbeit zu erhalten. Es ist gut reden, wenn eingeworfen wird, daß die Steinmehrer schriftlich um Arbeit nicht anfragen sollen. Den Luxus des persönlichen Zutragens, daß man von Werkstelle zu Werkstelle tippelte, konnte man sich früher schon noch eher leisten. Heute verbraucht in einigen Gegenden der Steinmehrer in 2-3 Monaten 4-6 Unternehmern. Wer dementsprechende Studien machen will, braucht bloß ins Mittelschlesische und ins Elbsandsteingebiet zu gehen. Wenn in Bunsau (Schlesien) ein Steinmehrer von dannen zieht, so gibt es zwei Routen, die eingeschlagen werden:

1. Ueber Berlin nach Hamburg.
2. Ueber Götting nach Pirna, Leipzig, Erfurt, mit „Einschwenkung“ nach Würzburg.

Und es ist ganz egal, wohin unser Freund seine Schritte wendet. Bei der jetzigen Jahreszeit wird er nur selten eingestellt. — Sollen nun im „Steinarbeiter“ die Inserate nicht mehr erscheinen dürfen, so sind die Kollegen direkt der Landtrage überwiefen. Es ist recht kurzschichtig, wenn gegen die Arbeitsangebote so losgedonnert wird. Arbeitsangebote, die uns nicht gehener erscheinen, lehnen wir ohne weiteres ab, denn wir nehmen die Inserate nicht deshalb auf, damit der Verlag Geld verdient, nein, es liegt im ureigensten Interesse der gesamten Kollegenenschaft, wenn dieselben in unserm Verbandsorgan erscheinen. — Auf der ersten Spalte des Hauptblatts sind die Arbeitseinstellungen publiziert, und wenn der Verband zeitweise unter einem ganz günstigen Streifen steht, dann muß für diese Bekanntmachungen auch noch die zweite Spalte in Anspruch genommen werden. In den Streifen sollen die Kollegen abreisen, um die Unternehmern gefügiger zu machen; dann ist durch die Arbeitsangebote ein Ventil geschaffen, welches unsern Kollegen sehr willkommen sein muß. Die schwarzen Wästen sendet ja der Steinmehrermeisterverband nach allen Windrichtungen, aber die Unternehmer kümmern sich den Teufel um diese Urriasbriefe. In unserm Verband ist, einige großstädtische Zeitstellen ausgenommen, der Arbeitsnachweis noch gar nicht entwickelt. In vielen Steinbruchbezirken ließe sich die Arbeitsvermittlung unferne sehr wohl regeln, ganz gleichgültig, wie sich die Unternehmer dazu stellen. Da aber die Anstöße für eine Arbeitsvermittlung in der Steinindustrie völlig fehlen, so sollen die Arbeitsangebote im „Steinarbeiter“ nicht verpönt werden.

Wenn ein Marmor- oder Granitschleifer in Klostert entlassen wird, so muß dieser Mann aufs Geratewohl in die Welt hinaus, er muß bis nach Sachsen, oder gar nach dem Fichtelgebirge, um überhaupt wieder eine Schleiße anzutreffen. Da ist es niemandem zu verargen, wenn er schriftlich vor seiner Abreise um Arbeit nachforscht. Allerdings, wenn Inserate im „Steinarbeiter“ stehen, dann ist ein überdeutliches Drauflosreisen auch nicht angebracht. Immerhin ist vor der Abreise eine schriftliche Erkundigung einzuziehen, ob noch Einstellungen erfolgen, und wie es mit der Lohnfrage steht. Auch soll bei der Zeitstellenverwaltung eine dementsprechende Anfrage gestellt werden.

Andere Gewerkschaftsblätter bringen ja auch Inserate mit Arbeitsangeboten.

Die „Blauer-Zeitung“ vom 16. Sept. enthält 12 Arbeitsangebote
Der „Töpfer“ „ 16. „ „ 24 „
Die „Dalsarbeit-Ztg.“ „ 16. „ „ 40 „

Letzteres Organ erscheint vielleicht in einer Auflage von 170 000 Exemplaren; aber es liegt im Interesse der Holzarbeiter selbst, wenn so viele Arbeitsangebote veröffentlicht werden können.

Und so werden wir auch im „Steinarbeiter“ zukünftig verfahren, daß die Inserate mit Arbeitsangeboten aufgenommen werden. Wo es irgendwo möglich ist, wird vor der Aufnahme sowie in der Zeitstelle nochmals angefragt. — Ueberdies sagen wir den Kritikern, daß sie das lesen sollen, was im Verbandsorgan vor der Rubrik: Anzeigen steht. Und diejenigen, die das Schlarraselland durch solche Inserate nicht immer finden, die können die Anzeigen ja ruhig ignorieren. Der größte Teil der Verbandsmitglieder hat sicherlich gegen den bisherigen Modus nicht das geringste einzuwenden.

## Aus der Reichsversicherungsordnung.

(Wichtig für Krankenrentner und Invalidenrentenanwärter.)

Die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung sind für die Versicherten nicht so ausgefallen, wie sie ausfallen hätten sollen und können. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zahlreiche Verbesserungsvorschläge gestellt, die von den bürgerlichen Parteien mit wenig Ausnahmen abgelehnt wurden. Die Reichsversicherungsordnung hat nun Gesetzeskraft erlangt, die Versicherten müssen sich mit der jetzigen Fassung abfinden und versuchen, aus den neuen Bestimmungen herauszuholen, was herauszuholen ist. Die Reichsversicherungsordnung hat viele neue Bestimmungen, die für die Versicherten von großer Bedeutung sind, zunächst sind es aber nur einige Bestimmungen, die für die Uebergangszeit in Betracht kommen und deren Nichtbeachtung den Versicherten, insbesondere den Versicherten, die bereits die Krankenrente beziehen oder die vor dem Bezug der Invalidenrente stehen, große Nachteile und Rentenverluste bringt. Die sich im Laufe der Jahre auf Hunderte, in manchen Fällen vielleicht auf Tausende von Mark beziffern können.

Die Reichsversicherungsordnung gewährt den Hinterbliebenen von Versicherten Witwen- und Waisenrente, Witwengeld und Waisenaussteuer. Eine andere Bestimmung sieht vor, daß bei Invaliden- und Krankenrentnern, die Kinder unter 15 Jahre haben, die Rente für jedes Kind um ein Drittel erhöht wird, bis zum einhalbfachen Betrag der Invalidenrente. Diese Vorteile kommen aber nicht allen Versicherten zugute, die Rente beziehen, sondern nur den Rentnern, deren dauernde oder vorübergehende Erwerbsunfähigkeit nach einem im Gesetz bestimmten Zeitpunkt eingetreten ist.

Anspruch auf Hinterbliebenenfürsorge (Witwen- und Waisenrente, Witwengeld und Waisenaussteuer) haben nur die Angehörigen von Versicherten, deren dauernde Erwerbsunfähigkeit nach dem 1. Januar 1912 eingetreten ist. Die Angehörigen von Versicherten, deren dauernde Erwerbsunfähigkeit vor dem 1. Januar 1912 festgestellt worden ist, können

diesen Vorteile nicht teilhaftig werden. Versicherte, die vor dem Bezug der Invalidenrente stehen, haben also im Interesse ihrer Angehörigen danach zu trachten, den Zeitpunkt des Eintritts der dauernden Invalidität möglichst lange, mindestens aber bis nach dem 1. Januar 1912 hinauszuschieben, falls dies möglich ist. Die Hauptbedeutung in der vorliegenden Frage kommt den Worten „dauernde Invalidität“ zu. Der Eintritt der dauernden Invalidität wird sich abgelesen von Unfällen und sonstigen genau wahrnehmbaren Ereignissen, seitlich niemals genau feststellen lassen, es ist fast immer in das Ermessen des Arztes gestellt, den Zeitpunkt zu bestimmen, von dem ab der erkrankte Versicherte als dauernd erwerbsunfähig zu betrachten ist. Die ärztliche Kraft und Wissenschaft ist heute noch nicht so weit vorgeschritten, daß sie jedes Leiden zu erkennen, die Grundursachen zu erforschen und den Verlauf einer Krankheit mit einiger Sicherheit vorauszusagen vermag. Der Arzt stellt bei einer Erkrankung die Diagnose nach bestem Willen und Können, die Zeit lehrt oft, daß er sich getäuscht hat. Noch schwieriger als die Erkennung der Krankheit ist aber die Feststellung des Zeitpunktes des Eintritts der dauernden Invalidität. Nach der bisherigen Rechtsprechung und Rechtsauffassung ist dauernde Invalidität dann anzunehmen, wenn die Befähigung der Erwerbsunfähigkeit nach menschlicher Voraussicht in absehbarer Zeit nicht möglich ist, wenn erwiesenermaßen der Gebrauch der gewöhnlichen Heil- und Hilfsmittel die schwere Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit nicht verspricht. Bisher war es im Interesse des Versicherten gelegen, daß der Zeitpunkt der dauernden Invalidität dem Zeitpunkt der Erkrankung möglichst nahe gelegt wurde. Der Begriff „dauernde Invalidität“ konnte in wohlwollender Sinne zugunsten des Versicherten ausgelegt werden, wie nach dem Willen des Gesetzgebers alle Bestimmungen der Arbeitsversicherungsordnung ausgelegt werden sollen. Für die Uebergangszeit, d. h. für die letzten Monate unter der Herrschaft des alten und des ersten Monats des neuen Gesetzes liegt es im Interesse des Versicherten, daß der Eintritt der dauernden Invalidität in das Jahr 1912 verlegt wird. Der Arzt wird in zahlreichen Fällen, ohne daß er mit seinen Pflichten oder mit seinem Gewissen in Konflikt kommt, den Eintritt der dauernden Invalidität auf ein, für den Versicherten günstiges Datum verlegen können, wie dies bisher schon sehr häufig der Fall war. Bisher wurde schon in vielen Fällen der Eintritt der dauernden Invalidität auf den Tag verlegt, an dem der Versicherte entweder die Voraussetzungen für die Erlangung der Rente erfüllt oder eine unterbrochene Versicherung wieder erneuert hatte, ohne daß von den Versicherungsanstalten Einspruch erhoben werden wäre, wenn nicht vielleicht ein sogenannter „gemachter“ Fall vorgelegen ist. Der behandelnde oder beauftragende Arzt konnte den Versicherten allerdings nur dann entgegenkommen, wenn er mit den gesetzlichen Bestimmungen einigermaßen vertraut war, wenn er selbst beurteilen konnte, unter welchen Voraussetzungen die Invaliden- oder Krankenrente gewährt wird. In zahlreichen Rentenfällen war dies nicht der Fall, der Arzt setzte einen beliebigen Zeitpunkt fest, der als Eintritt der dauernden Invalidität angesehen wurde, und wenn dadurch dem Versicherten Nachteile entstanden sind, so wurde ihm vom Arzte später erklärt, daß es ihm unendlich leid tue, wenn der Versicherte die Rente nicht erhalten könne, er hätte ohne Bedenken auch einen späteren Tag festsetzen können, nachdem aber einmal ein Tag bezeichnet ist, müsse es bei diesem verbleiben. Der Arzt will sich nachträglich nicht mehr korrigieren.

Die Invalidenrente wird nicht nur gewährt, wenn ein Versicherte dauernd erwerbsunfähig ist, sondern auch dann, wenn ein Versicherte 26 Wochen ununterbrochen erwerbsunfähig war und nach Ablauf dieser Zeit noch ist. Im letzteren Falle wird die Rente als Krankenrente bezeichnet, sie hat fast die gleiche Höhe wie die Invalidenrente, kann jedoch beschränkt werden und wird nur eingezahlt, wenn eine Besserung eintritt. Eritt eine Besserung nicht ein, so wird sie in Invalidenrente umgewandelt. Aus den oben angeführten Gründen ist es angemessen, mit der Umwandlung von Kranken- in Invalidenrenten bis nach dem 1. Januar 1912 zu warten, weil, wenn die Krankenrente vor diesem Tage in eine Dauerrente umgewandelt wird, die Angehörigen des Versicherten bei seinem Ableben keine Hinterbliebenenrenten erhalten.

Anspruch auf erhöhte Invalidenrente haben diejenigen Invaliden- und Krankenrentner, die Kinder unter 15 Jahren haben. Es können aber nicht alle Rentner die Erlangung der Rente verlangen, sondern nur diejenigen, deren dauernde Invalidität nach dem 1. Januar 1912 eingetreten ist oder deren Krankenrente nach diesem Tage beginnt. Auch auf diesen Fall treffen die obigen Ausführungen über den Eintritt der dauernden Invalidität entsprechend zu. In einigen Beispielen wird sich der Sachverhalt am besten erklären lassen.

Beispiel A: Ein Versicherte erkrankt am 1. August 1911. Die Unterhaltspflicht der Krankenkasse läuft bis Ende Januar 1912. Die Erkrankung ist ernsthafter Natur, der Arzt hat Zweifel über die Wiederherstellung des Kranken, er kann zwar nicht mit absoluter Sicherheit feststellen, ob die Erwerbsfähigkeit dauernd ist, er weiß aber aus seiner bisherigen Erfahrung, daß es für den Versicherten von Vorteil ist, wenn er möglichst bald in den Genuß der Invalidenrente kommt. Der Arzt weiß, daß er dadurch der Versicherungsanstalt keinen Nachteil zufügt, weil auch die Invalidenrente wieder eingestellt werden kann, wenn in dem Zustande des für dauernd erwerbsunfähig erklärten Kranken eine Besserung eintritt. Der Arzt wartet trotz seiner Zweifel nicht mehr länger, er erklärt dem Kranken ab 1. Dezember 1911 für dauernd erwerbsunfähig, obwohl er, ohne mit sich oder den gesetzlichen Bestimmungen in Widerspruch zu kommen, den Eintritt der dauernden Erwerbsunfähigkeit auch auf einige Wochen später hätte verlegen können. Der Kranke erhält also ab 1. Dezember 1911 die Invalidenrente mit monatlich 22 Mt. und dazu noch sein Krankengeld bis Ende Januar 1912.

Beispiel B: Der Versicherte ist, wie im vorigen Beispiel, am 1. August 1911 erkrankt, hat gleichfalls fünf Kinder, die Krankenkasse läuft bis Ende Januar 1912. Die Erkrankung ist ernsthafter Natur, der Arzt hat Zweifel über die Wiederherstellung des Kranken, er kann nicht mit absoluter Sicherheit feststellen, ob die Erwerbsfähigkeit dauernd ist, er weiß zwar, daß es für den Versicherten besser ist, wenn er möglichst bald in den Genuß der Invalidenrente kommt, er weiß aber auch, daß der Kranke, wenn er nach dem 1. Januar 1912 für dauernd erwerbsunfähig erklärt wird, Anspruch auf den einhalbfachen Betrag der Invalidenrente hat und daß nach dem Ableben des Kranken die Angehörigen die Hinterbliebenenfürsorge beanspruchen können. Er wartet also trotz seiner Zweifel noch einige Zeit zu und verlegt den Zeitpunkt des Eintritts der dauernden Erwerbsunfähigkeit in den Monat Januar 1912, obwohl er, ohne mit sich oder den gesetzlichen Bestimmungen in Widerspruch zu kommen, den Zeitpunkt auch auf einige Wochen früher hätte festlegen können. Der Kranke erhält nun die Invalidenrente nicht vom 1. Dezember 1911 ab, sondern erst vom Januar 1912 ab, er bekommt aber statt 22 Mt. monatlich jetzt 33 Mt., seine Rente muß auf den einhalbfachen Betrag erhöht werden, weil die dauernde Erwerbsunfähigkeit erst nach dem 1. Januar 1912 eingetreten ist.

In dem letzten Falle hat der Versicherte einen Vorteil von jährlich bis zu 100 Mt. und darüber zu verzeichnen; er bezieht aber die erhöhte Invalidenrente nicht nur ein Jahr, sondern so lange er erwerbsunfähig ist bzw. so lange, bis seine Kinder das 15. Lebensjahr zurückgelegt haben. Nach dem Tode treten die Vorteile bei der Hinterbliebenenfürsorge zu Tage. Hier kann es sich um Beträge bis zu 300 Mt. und darüber in einem Jahre handeln. Da Invaliden- und Hinterbliebenenrenten unter Umständen Jahrzehnte lang bezogen wer-